

Eine Zeitung von Bäuerinnen und Bauern

# Erfolg für die gentechnikfreie Bewegung!



Foto: BLE/Menzler

## **Gentechnik**

Europas höchstes Gericht hat ein wegweisendes Urteil für eine gentechnikfreie Landwirtschaft gefällt. Nun muss die Bewegung weiter auf die politische Umsetzung dringen. Ein kämpferischer Kommentar auf **Seite 2**, Hintergrundberichte und Interview auf den **Seiten 12-13**.

## **Agrarpolitik**

In Brüssel werden die Eckpunkte der GAP verhandelt. In Bayern und Rheinland-Pfalz haben der Staatsminister und der Staatssekretär eigene Vorstellungen, welche Aspekte zentrale Rollen der Agrarpolitik spielen sollen. Interviews auf den **Seiten 4 und 5**.

## **Bewegung**

Welche Strukturen braucht die Landwirtschaft, um auf Hunger und Überproduktion reagieren zu können? Wo kann und muss eine bäuerliche Bewegung Druck machen? Eine grundsätzliche Betrachtung auf **Seite 3**, eine Debatte auf den **Seiten 16 und 17**



**Die Seite 3**

Paradigmenwechsel.....3

**Agrarpolitik**

„Die Linie von Frau Aigner ist eigentlich schon gescheitert“ .4

Bayerns Agrarminister will Direktzahlungen fairer verteilen .5

Agrarstruktur durch unterschiedliche Brillen .....16

**Milch**

Höhere Preise für Frankreichs Milchbauern..... 6

**Bewegung**

Politisch und lecker ..... 8

Bauer hält Hof ..... 20

**Tierhaltung**

Mengenregulierung bei Schweinen?.....10

Resistente Keime in der Massentierhaltung ..... 11

**Schwerpunkt**

Nulltoleranz bleibt Nulltoleranz .....12

Brauchen Neubewertung des Gentechnikrechts .....13

Keine Gentechnik im Futtertrog .....14

**Nachbau**

STV erhöht den Druck.....15

**Biogas**

Eine Riesen-Biogasanlage und viele Fragen .....18

**Weitere Themen**

Zu Besuch bei Sönke Thiessen, Ute Hörcher und Kordula Sirch, Seite 9; Leserbrief, Ein Bauer erzählt, Seite 19; Lesen Seite, 21; Anzeigen, Veranstaltungen, Kontakte, Seite 22-23

**Inhaltsverzeichnis**

Herzlichen Glückwunsch an die Kollegen der Imkerorganisation „Mellifera“, die am 6. September mutig und federführend ein wegweisendes Urteil des EuGH in Luxemburg erstritten und starke Pflöcke eingerammt haben. So manchem Gentechnik-Industriellen, befreundeten Politiker und Wissenschaftler dürfte das leckere Honigbrötchen nicht mehr munden. Die Aussage des höchsten europäischen Gerichts ist klar: Selbst geringste Spuren von genetisch verändertem Material in einem Lebensmittel erfordern eine Sicherheitsprüfung und eine gentechnikrechtliche Zulassung. Ohne eine Zulassung ist das Inverkehrbringen des Lebensmittels verboten. Damit setzen die Richter ein klares Signal für die menschliche Gesundheit und den Verbraucherschutz. Schon die Richter des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe betonen in ihrem Urteil vom

**Kommentar****Pflöcke einschlagen**

November 2010 die Verantwortung für die künftigen Generationen und den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen.

Diese Urteile sind nicht vom Himmel gefallen. Seit über 20 Jahren arbeitet die kritische Gentechnikbewegung. Sie hat nicht die Millionen der Gentechnikindustrie,

stattdessen Herz, Verstand, Leidenschaft und Beharrlichkeit. Schön, dass die AbL seit 20 Jahren munter dabei ist und für das Recht auf gentechnikfreie Landwirtschaft streitet. Die Bewegung zeigt sich aktionsfähig. Davon konnten sich CDU-Landesregierungen überzeugen, als sie im Frühjahr mal eben im Bundesrat das Reinheitsgebot von Saatgut gentechnisch antasten wollten und damit scheiterten. Mit einer intensiven Informationskampagne gelang es der Bewegung vor der Sommerpause, dass im Europäischen Parlament ein Bericht die Mehrheit fand, der den nationalen Regierungen mehr politische Spielräume beim Anbauverbot von gentechnisch veränderten Pflanzen einräumt.

Wie weiter? Gentechnik darf nicht auf den Acker und in den Futtermitteltrug! Da ist noch viel zu tun. Das EuGH-Urteil berührt auch die im Frühjahr von EU-Kommission und Futtermittelindustrie durchgesetzte Aufhebung der Nulltoleranz bei nicht zugelassenen gentechnisch veränderten Futtermitteln. Dies muss wieder vom Tisch. Natürlich wird man bei gentechnisch verunreinigten Lebensmitteln jetzt besser um Schadensersatz kämpfen können. Seit über einem Jahr aber warten die Gentechnikmaissaatgutgeschädigten Berufskollegen auf Schadensersatz von der Firma Pioneer. In Berlin wird nun über notwendige Abstände zum Gentechnikacker diskutiert. Die Bewegung sieht genau hin und erhält den Druck aufrecht, auch damit die selbst ernannten gentechnik-kritischen Bundesländer Bayern, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen endlich ihren Worten Taten folgen lassen und Abstands bzw. Koexistenzregeln einführen, die gentechnikfreie Fakten schaffen. Bulgarien hat es im letzten Jahr vorgemacht: 10 Kilometer zum nächsten Bienenkorb, 7 Kilometer zum nächsten Ökofeld, 30 Kilometer zum nächsten Naturschutzgebiet. Die EU-Kommission hat dies nicht beanstandet. Die Gentechnikindustrie gibt nicht auf. Die Bewegung auch nicht!

Georg Janßen

Bundesgeschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft



So fing es mal an: Widerstand gegen die gentechnisch veänderte Ani-Matschtomate. Foto: Redaktion

**Impressum**

**b** unabhängige  
**bauernstimme**

**Anschrift:** Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm  
**Herausgeber:** Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft – Bauernblatt e.V., Tel.: 023 81/905 31 71, Fax: 023 81/49 22 21, E-Mail: info@abl-ev.de; Internet: www.abl-ev.de;

**Redaktion:** Marcus Nürnberger: 02381-492220  
Marlene Herzog: 02381-9053173;  
Claudia Schievelbein: 02381-492289  
Wiebe Erdmanski-Sasse, Ulrich Jasper,  
Fax: 023 81/49 22 21, redaktion@bauernstimme.de;  
**Verlag/** ABL Bauernblatt Verlags GmbH, Geschäftsführung:  
**Aboverwaltung:** Vera Thiel, Tel.: 023 81/49 22 88, Fax: 023 81/49 22 21, E-Mail: verlag@bauernstimme.de; Internet: www.bauernstimme.de; Bankverbindung: KSK Wiedenbrück, Kto: 2031516, BLZ 47853520

**Anzeigenannahme bis zum 15. des Vormonats, Kontakt: Vera Thiel, Tel.: 02381/492288; E-Mail: anzeigen@bauernstimme.de**  
**Erscheinungsweise:** monatlich (11 x jährlich)

**Abonnementpreis:** 36 € jährlich, verbilligt auf Antrag 26 € jährlich  
**Druck:** lensing druck, Münster – ISSN-Nr. 0943-4632; Postvertriebsstück 1 K 12858E

# Der Paradigmenwechsel

Neue Studien fordern eine nachhaltige Landwirtschaft – Politik und Wirtschaft bleiben beim alten Muster

Dreht sich die Erde um die Sonne oder umgekehrt? In der Wissenschaft nennt man Grundannahmen, die bestimmen, was gefragt, bewiesen und überprüft wird, Paradigmen. Wer im politischen Geschäft ein bisschen dicker auftragen will, spricht heute auch gerne von einem Paradigmenwechsel.

In der Agrarpolitik internationaler Institutionen ist gegenwärtig ein solcher Paradigmenwechsel zu beobachten. Nicht weniger als das alles überragende Ziel, mit stets fallendem Aufwand mehr zu produzieren, steht zur Disposition. Die Erkenntnis, dass die Kosten steigender Produktion deren Grundlage gefährden, setzt sich durch. Natürlich sind die Schlussfolgerungen daraus verschieden.

Die veränderte Zielsetzung aber gilt mittlerweile als unabweisbar: Volle Integration der ökologischen Kosten, massive Reduktion der Emission von Klimagasen, Pestiziden und Nährstoffen und des Verbrauchs fossiler Energie, Vermeidung von Abfall, Verlusten und Verschwendung und auch von gesundheitlich, sozial und ökologisch schädlichem Verbrauch, besonders von tierischen Produkten. Investition in agrar-ökologische Systeme, die durch gemeinschaftlich angepasste landwirtschaftliche Methoden und ökologische Konzepte vor Ort ein Maximum an verlässlicher regionaler Eigenversorgung mit Lebensmitteln auch bei extremen Wetterlagen garantieren. Kurz: Der Abschied von der auf fossilen Rohstoffen beruhenden, industriellen Landwirtschaft des vergangenen halben Jahrhunderts ist eingeläutet.

## Urahn: Weltagrарbericht

Der Weltagrарbericht der UNO und Weltbank, IAASTD, war es, der 2008 den Sichtwechsel unter dem Schlagwort „Weiter wie bisher ist keine Option“ eingeleitet hatte. Gemeint war das Wachstumskonzept der industriellen Landwirtschaft und der grünen Revolution in Asien, das heute droht, die Grundlagen unserer Ernährung zu zerstören und dennoch eine Milliarde Menschen hungrig lässt. Die Reaktionen der Industrie, aber auch der Weltbank und FAO, der deutschen und US Landwirtschaftsministerien, von vielen Wissenschaftlern und der Agrarlobby waren zunächst klassisch: ignorieren, entwerten, lächerlich machen, zur Tagesordnung übergehen. Drei Jahre später gehören die wesentlichen Botschaften des Weltagrарberichtes zum Standard wissenschaftlicher und institutioneller Analyse: Dass es auf die Kleinbäuerinnen dieser Welt ankommt, wenn wir von Raubbau auf Nachhaltigkeit schalten wollen, dass wir

brauchen und haben, Hunger letztlich nur vor Ort zu überwinden ist und wir massiv in widerstandsfähige, lokale Agrarsysteme investieren müssen und in das dafür nötige traditionelle und moderne Know-How der Bauern und Dörfer. All diese Zumutungen an die Gewissheiten industrieller und chemischer Landwirtschaft stehen mittlerweile im Zentrum der Überlegungen. Ein kurzer Blick in die internationale Veröffentlichungsliste des laufenden Jahres lohnt sich.

## Genug ist genug

Zunächst war da ein Zukunfts-Bericht von Experten des Ständigen Ausschusses für Agrarforschung der EU, dem insgesamt 37 Agrarministerien Europas angehören: „Nachhaltiger Verbrauch und Produktion in einer Welt begrenzter Ressourcen“. Er fordert eine radikale Wende in der Agrarpolitik und -forschung. Ihr künftiges Mantra sei der Mangel, genauer gesagt eine Vielzahl von Mängeln: an Lebensmitteln, an natürlichen Ressourcen (Boden, Wasser, Artenvielfalt) an weiterer Belastbarkeit der Ökosysteme, aber auch an Wissen und verfügbarer Zeit zur Anpassung an schwer kalkulierbare, plötzliche Systemveränderungen. So alarmierend die Betrachtung der einzelnen Faktoren schon sei, so unberechenbar könnten die Folgen ihres Zusammenwirkens und seiner Rückkoppelungseffekte sein. Klarer als der Weltagrарbericht spricht der SCAR-Bericht von zwei unterschiedlichen Weltansichten in der Agrarforschung. Dem produktivistischen Paradigma (da ist es wieder!), das nach wie vor in der Steigerung der Produktion plus ökologischer Effizienzverbesserung ihr Heil suche, stehe ein am Erforderlichen und Verfügbaren orientiertes Suffizienz- oder Genügsamkeitsparadigma gegenüber: nicht mehr als nötig produzieren, den Verbrauch an Wohlstand und Gesundheit statt Wachstum orientieren. Dieses „Genug“ müsse in Zukunft in Forschung wie Politik absolute Priorität haben; so wichtig auch die Effizienzsteigerung herkömmlicher Agrarsysteme im Übergang bleibe. Der Wirtschafts- und Sozialbericht der Vereinten Nationen fordert unter dem Titel „The Great Green Technological Transformation“ (die große grüne technologische Transformation) ein „nachhaltiges Agrarinnovationssystem“, das sich im Wesentlichen an den Empfehlungen des Weltagrарberichtes orientiert. Der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung für globale Umweltfragen, WBGU, empfiehlt einen „Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation“, in der die Landwirtschaft den Erfordernissen des Klimawandels angepasst und Lebensmittel u.a.

nach ihrer Ressourcen-Intensität besteuert werden sollten. Auch der Bericht des Büros des Deutschen Bundestages für Technologiefolgeabschätzung „Forschung zur Lösung des Welternährungsproblems — Ansatzpunkte, Strategien, Umsetzung“ fordert eine Abkehr von der „Mengenperspektive“ und ein ganzheitliches Ernährungskonzept. Der jährliche Bericht des World-Watch Instituts zur „Lage der Welt“ hat agrarökologische Lösungsansätze der Landwirtschaftskrise v.a. in Afrika unter dem Titel „Innovationen, die die Welt ernähren“ gesammelt, die eindrucksvoll belegen, welche gigantischen Fortschritte kleine, unscheinbare Projekte vor Ort bewirken. Interessant an der Untersuchung ist politisch vor allem, dass sie von der Bill & Melinda Gates Foundation finanziert wurde, die mit ihren Milliarden zur weltweit tonangebenden Stiftung für Agrar-Entwicklungshilfe geworden ist und dabei von einem Ex-Monsanto Vize geleitet wird.



## Nachhaltiger Anbau

„Das gegenwärtige Paradigma des Intensiv-Anbaus wird den Herausforderungen des neuen Jahrtausends nicht mehr gerecht. Um zu wachsen muss die Landwirtschaft lernen zu sparen und zu erhalten“, schreibt kein geringerer als der indische „Vater der Grünen Revolution“ M.S. Swaminathan in der Einleitung zu der programmatischen Schrift der Welternährungsorganisation FAO „Save and Grow“ (Sparen/Erhalten und Wachsen). Es ist die wichtigste Publikation in der Reihe der Paradigmen-Wechsler dieses Jahres. Nicht mehr die bisher geforderte Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion um 70 Prozent, sondern die Steigerung der Lebensmittelproduktion in den Entwicklungsländern ist das nun postulierte Ziel. Eine bemerkenswerte Veränderung. Der Einsatz von Mineräldünger und Pestiziden wird im Wesentlichen unter dem Gesichtspunkt massiver Reduktion behandelt. Im „neuen Paradigma“ der „nachhaltigen Intensivierung des Anbaus“ (sustainable crop production intensification, SCPI) stehen Mulchen, Leguminoseneinsatz,

Fruchtwechsel und pfluglose Bodenbearbeitung ganz oben. Sozial wie ökologisch nachhaltige Agrar-Systeme treten an die Stelle von Einzeltechnologien. Die Bodenfruchtbarkeit rückt wieder in den Mittelpunkt, Agro-Forstsysteme und viele andere agrar-ökologischen Ansätze dominieren die Beispiele der neuen Intensivierung. Das hohe Lied der Verbreitung von Hochleistungssorten wird ergänzt durch die Forderung nach Beteiligung der Bauern, ihrer traditionellen Sorten und Wissenssysteme. Hinzu kommen massive Zweifel am gegenwärtigen Patent- und Sortenschutzsystem, seinen „anti-gemeinschaftlichen“ Auswirkungen und an der Fähigkeit der sechs weltbeherrschenden Konzerne, da zu liefern, wo am nötigsten gebraucht wird.

## Was bleibt übrig?

„Und sie bewegt sich doch!“ möchte man hoffnungsvoll ausrufen. Wäre da nicht die eklatante Diskrepanz zwischen den neuen Tönen der Institutionen und dem realen Verhalten von Markt und Politik. Während die Einen zu formulieren beginnen, wie der Weg aus der Sackgasse industrieller Landwirtschaft aussieht, galoppieren die Märkte mit ungebremster Wut in exakt die entgegengesetzte Richtung: Der Lebensmittelpreis-Index liegt heute über den bisherigen Rekordmarken des Jahres 2008, angeheizt durch Biosprit und -energie, Agrar-Spekulation und neo-koloniale Landnahme von Investoren, die den künftigen Mangel als großartiges Geschäft sehen. Die einmalige Chance eines politischen Paradigmenwechsels bei der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik der Europäischen Union scheint bereits fast verpasst. Weder die Vorschläge der EU-Kommission noch die reflexhaften, nationalen Reaktionen der Agrarminister, noch der Minimalkonsens des Europäischen Parlaments geben Anlass zu Hoffnung: Keine klaren Umwelt- und Nachhaltigkeits-Ziele, kein Herz und keine Perspektive für die Kleinbauern Europas, die zu Millionen vor dem Aus stehen. Kein Verzicht auf unanständig billigen Import von Agrarrohstoffen aus ökologischen und auch humanitären Krisenregionen. Kein Abschied vom subventionierten Export von „Veredelungs“-Produkten, deren ökologischer Fußabdruck zum Himmel stinkt.

Es wäre wohl ein regelrechter Bürger-Aufstand nötig, um die Umsetzung der offiziellen wissenschaftlichen Empfehlungen zum Überlebenssthemata Ernährung jetzt auch gegen die Lobby der Profiteure zügig in politisches Handeln umzusetzen. Nichts ist unmöglich.

Benny Haerlin



## „Die Linie von Frau Aigner ist eigentlich schon gescheitert“

Die Unabhängige Bauernstimme traf sich zum Gespräch mit dem neuen Staatssekretär im rheinland-pfälzischen Landwirtschaftsministerium

**Bauernstimme: Rheinland-Pfalz hat erneut ein schnelles Verbot der Käfighaltung gefordert. Die Geflügelhaltung ist offenbar auch ein besonderes Anliegen des Ministerpräsidenten Kurt Beck?**

Thomas Griese: Das ist ein ganz zentrales Anliegen mit einer gewissen Tradition. Bei diesem Thema sind Rot und Grün sehr einig, was sich auch im Einreichen der Klage gegen die Hennenhaltungsverord-



Staatssekretär Dr. Thomas Griese, voller Elan im neuen Amt  
Foto: MULEWF

nung vor dem Bundesverfassungsgericht ausdrückt, die ja gewonnen wurde. Besondere Aktualität bekommt das Thema, weil gerade jetzt im Bundestag der Entwurf der Bundesregierung diskutiert wurde, in dem die Bundesregierung vorschlägt, erst 2035 endgültig auszusteigen. Das finden wir skandalös. Dann würde der Ausstieg aus der Hennenhaltung länger dauern als der Atomausstieg. Wir hatten im Bundesratsverfahren einen Ausstieg bis 2017 beantragt. Das wären sechs Jahre Übergangsfrist.

**Die Mittel der zweiten Säule ermöglichen den Ländern, individuelle Programme aufzulegen. Welches sind die konkreten Planungen des Ministeriums?**

Vor dem Hintergrund, dass in diesem Jahr die Haushaltstitel ausgeschöpft sind, wir aber für kommendes Jahr an einer Änderung der Förderstrukturen arbeiten, haben wir aktuell die Weinbauförderung und die Investitionsförderung gestoppt.

**Wie sehen die konkreten Planungen aus?** Ich kann leider zum jetzigen Zeitpunkt noch keine Einzelheiten sagen, weil das Paket erst im Oktober im Begleitausschuss mit den Verbänden erörtert werden wird. Beim Ökolandbau soll die Umstellung sowie die Fortführung gefördert werden. Die artgerechte Tierhaltung soll in der In-

vestitionsförderung besonders berücksichtigt werden. Drittens wollen wir die Regionalvermarktung mit besseren Konditionen stärken. Bei den Agrarumweltmaßnahmen wird es insbesondere darum gehen, eine vielfältige Fruchtfolge weit über die innerhalb der GAP geplanten Vorschläge hinaus zu unterstützen.

**Die Förderung der Regionalvermarktung hängt ja auch immer an der Austauschbarkeit der Produkte. Wie wollen Sie diesem Problem begegnen?**

In Rheinland-Pfalz haben wir mit dem Wein ein Leitprodukt, bei dem genau das gemacht wird, was für regionale Produkte nötig ist. Beim Wein hat es eine lange Tradition, die regionale Qualität durch Jahrgangs- und Lagenbezeichnungen herauszustellen, aber auch durch den guten Namen des Erzeugers auf Qualität zu setzen. Das werden wir selbstverständlich nicht bei allen Produkten in gleicher Weise umsetzen können. Aber wir müssen erreichen, dass regionale Herkunft und regionale Verarbeitung als Qualität begriffen und vermarktet werden.

**Die Zeitschrift Ökotest hat in einer der vergangenen Ausgaben angemahnt, dass viele regionale Produkte diesen Namen gar nicht tragen dürften.**

Offenbar besteht die gedankliche Vorstellung, regionale Qualitätsprodukte dürften nur in der Ursprungsregion vermarktet werden. Das halte ich für Unsinn. Ich denke, dass regionale Qualitätsprodukte weit über die Landesgrenzen hinaus vermarktet werden sollen. Wir beginnen zum Beispiel gerade, rheinland-pfälzischen Wein in China zu vermarkten, um ein sehr weites Beispiel zu nennen. Nun müssen nicht alle Produkte gleich international gehandelt werden, aber dass man Produkte aus RLP von der Nahe auch im Ruhrgebiet, dem Rhein-Main-Gebiet oder in Hessen vermarktet, muss doch möglich sein.

**Wie streng müssen oder dürfen die Kriterien sein? Ökotest legt die Herkunft der Rohstoffe aus der Region und die Vermarktung in der Region zu Grunde.**

Das ist mein Hauptkritikpunkt. Das gilt auch für die Philosophie, dass zum Beispiel bei Milchprodukten nicht nur der Joghurt selbst, sondern auch der Fruchtzusatz noch regional erzeugt werden soll. Wenn ich so hohe Anforderungen stelle, dann mache ich das Ganze kaputt. Den Pfirsichjoghurt kann man dann gar nicht mehr regional herstellen. Am Ende bleiben dann nur noch Kartoffeln und Möhren.

**Der europäische Gerichtshof (EuGH)**

**hat Anfang September in einem Urteil die Verunreinigung von Honig mit Pollen von gentechnisch verändertem Mais als nicht zulässig verurteilt. Welche Konsequenzen ergeben sich hieraus?**

Vor allem für die Haftungsfrage ergeben sich ganz neue Anforderungen. Der EuGH hat entschieden: Nulltoleranz ist Nulltoleranz und bleibt Nulltoleranz. Er hat ausdrücklich zufällige Verschmutzung oder Einschleppung ausgeschlossen. Das ist die wichtigste Aussage, finde ich. Das wird Konsequenzen für den weiteren Gesetzgebungsprozess, insbesondere für die Frage Nulltoleranz bei Saatgut haben. Wir planen, hierzu in der kommenden Agrarministerkonferenz einen Antrag zu stellen.

**Mit welchem konkreten Inhalt?**

Wir werden fordern, dass die EU-Saatgutbestimmung das Nulltoleranzprinzip festschreiben muss und dass man nicht die Hintertür über ausgeklügelte Vorschriften zur Untersuchungsmethodik wieder öffnen darf. So ist es ja leider beim Futtermittel geschehen.

Der zweite Aspekt ist die Haftungskomponente. Mehr als bisher gedacht ist der Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen für diejenigen, die es macht, ein unkalkulierbares Risiko geworden. Deswegen wollen wir den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen in Rheinland-Pfalz nicht haben. Im Rahmen der uns zur Verfügung stehenden Möglichkeiten werden wir dafür sorgen, dass kein Anbau stattfindet. Wir werden selbst keine Forschung mehr fördern.

Desweiteren werden wir gemeinsam mit dem Verbraucherschutzministerium dafür sorgen, dass in den Kontrollen besonders nach gentechnischen Verunreinigungen geschaut wird. Letztlich wird das Urteil aber auch Konsequenzen für die Bundesebene haben, denn das vom EuGH verlangte Schutzniveau muss auf Bundesebene umgesetzt werden.

**Welche praktischen Schritte leiten Sie aus dem Urteil ab?**

Wenn man das Urteil betrachtet, dann heißt das bezogen auf den Flugradius von Bienen, dass wir Abstandsregelungen brauchen, die wahrscheinlich jenseits der 10 Kilometer liegen, weil Bienen einen Flugradius von bis zu 10 km haben. Wenn man das macht – und man

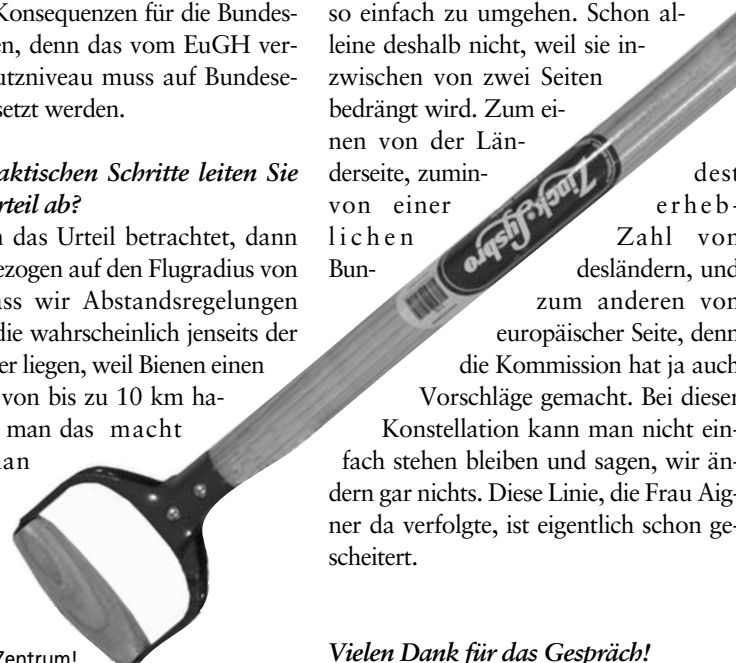
muss es machen –, dann ist der Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen eigentlich nicht mehr möglich. Von daher ist das EuGH-Urteil sehr begrüßenswert und wird uns dabei helfen, die Gentechnikfreiheit als Marktvorteil zu sichern.

**Aktuell sind die Verhandlungen zur Agrarreform 2013 in vollem Gang. Der bayerische Landwirtschaftsminister Brunner hat dabei ins Gespräch gebracht, die Direktzahlungen nicht mehr an der Fläche auszurichten, sondern die Arbeit zu Grunde zu legen. Inwieweit sind derartige Überlegungen auch in RLP aktuell?**

NRW, RLP und BW haben zur EU-Agrarreform ein, wie ich meine, gutes Papier vorgestellt. Unter anderem machen wir Aussagen zu Greening-Maßnahmen, die wir auch konkret benennen, zur Begrenzung, Kappung und der Koppelung an den Arbeitskräftebesatz. Insofern ist jede Überlegung, die das verstärkt, willkommen. Aufpassen muss man aber, dass das System nicht nach hinten schlägt. Im Moment wird ja gerade in der landwirtschaftlichen Sozialversicherung eine Koppelung mit den Arbeitskräften hergestellt. Aber eigentlich eher zu Lasten der bäuerlichen Betriebe.

**Welche Bedeutung werden die Ergebnisse der Agrarministerkonferenz (AMK) für die Haltung der Bundeslandwirtschaftsministerin haben?**

Bei der AMK herrscht ja das Einstimmigkeitsprinzip, so dass man sehen muss, ob sich alle Länder hinter dem von uns vorgelegten 20 Punktepapier versammeln können. Aber auch wenn sich nur eine Reihe von Ländern zusammenschließen, ist das für die Bundesebene nicht mehr so einfach zu umgehen. Schon alleine deshalb nicht, weil sie inzwischen von zwei Seiten bedrängt wird. Zum einen von der Ländersseite, zum anderen von einer erheblichen Zahl von Bundesländern, und zum anderen von europäischer Seite, denn die Kommission hat ja auch Vorschläge gemacht. Bei dieser Konstellation kann man nicht einfach stehen bleiben und sagen, wir ändern gar nichts. Diese Linie, die Frau Aigner da verfolgte, ist eigentlich schon gescheitert.



GAP: Arbeit ins Zentrum!  
Foto: Redaktion

Vielen Dank für das Gespräch!

# Bayerns Agrarminister will Direktzahlungen fairer verteilen

Helmut Brunner (CSU) will EU-Zahlungen nicht nur nach Fläche, sondern auch nach Norm-Arbeitskräften pro Betrieb berechnen

**Bauernstimme:** Herr Minister Brunner, Sie haben sich schon frühzeitig mit eigenen Vorschlägen in die Debatte um die anstehende Reform der EU-Agrarpolitik eingebracht. Anders als andere, haben Sie Obergrenzen für die Direktzahlungen je Betrieb nicht einfach abgelehnt, sondern eine Deckelung der Zahlungen nach Norm-Arbeitskräften der Betriebe vorgeschlagen. Wie muss man sich das konkret vorstellen?

Minister Brunner: Direktzahlungen sind das leistungsbezogene Honorar für unverzichtbare öffentliche Güter und haben eine wichtige Aufgabe für die Stabilisierung landwirtschaftlicher Unternehmen. Damit werden eine nachhaltige flächendeckende, wettbewerbsfähige Landwirtschaft sowie vitale ländliche Räume in Bayern und Europa gesichert. Eine Verteilung der Direktzahlungsmittel nach Fläche im 1. Schritt und nach Normarbeitskräften im 2. Schritt würde zu einem fairen Leistungsbezug führen. Insbesondere könnte damit eine faire Behandlung der Tierhalter und Spezialkulturenerzeuger bei den Direktzahlungen gegenüber arbeitsintensiven Betrieben gewährleistet werden. Zudem würden über die Normarbeitskräfte Größeneffekte angemessen berücksichtigt und Unterschiede zwischen Familienbetrieben und Lohnarbeitsbetrieben vermieden.

**Die EU-Kommission will den Faktor Arbeit bisher nur bei den Betrieben berücksichtigen, die von der Staffellung bzw. Obergrenze betroffen sind, also mehr als 150.000 bzw. 300.000 Euro Basisprämie im Jahr erhalten. Das würde in Bayern kaum jemanden betreffen. Ihr Vorschlag dagegen differenziert auch unterhalb solcher Obergrenzen zwischen den Betrieben. Was ist Ihr Ziel dabei?**

Wenn der Vorschlag aus Brüssel so kommt, wie es bisher bekannt geworden ist, hätte er viele Schwächen. Die vorgeschlagene Staffellung lässt sich nicht logisch begründen. Zudem fehlt im Gegensatz zu meinem Vorschlag der klare Bezug zur Leistung. Aber warten wir doch erst einmal ab, was Kommissar Ciolos wirklich vorschlägt und an eigenen Entscheidungsspielräumen für

die EU-Mitgliedsstaaten zulässt, bevor wir über ungelegte Eier reden.

**Ihr Vorschlag läuft darauf hinaus, dass bei Betrieben mit kalkulatorisch wenig Arbeitszeitbedarf – wie etwa reinen Ackerbaubetrieben – etwas von den Direktzahlungen abgezogen wird. Wo soll das Geld bleiben?**

Mir ist wichtig, dass solche freiwerdenden Mittel der Landwirtschaft und dem ländlichen Raum zugute kommen. Grundsätzlich hätte ich jedoch etwas mehr Sympathie für eine Verwendung der Mittel aus den Kürzungen von Direktzahlungen in der 2. Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik.

**Sollen auf diesem Wege Zahlungsmittel z.B. vom Osten Deutschlands nach Bayern geholt werden, weil der Osten mit seinen Strukturen auf weit weniger Norm-Arbeitskräfte kommen dürfte als Bayern?**

Über eine Kappung oder Deckelung lassen sich keine Mittel aus Ostdeutschland nach Bayern transferieren. Einem solchen Mitteltransfer werden sich die betroffenen Bundesländer verweigern. In Deutschland werden wir auch in Zukunft bezüglich derartiger Fragen auf Mehrheiten angewiesen sein. Ich werde alles für unsere Bayerischen Bauern tun, kann jedoch nicht an politischen Mehrheiten vorbeigehen. Es wird politisch ein Konsens gefunden werden müssen.

**Bisher sehen die Pläne der EU-Kommission nicht vor, dass Mitgliedsstaaten oder gar einzelne Bundesländer die Zahlungen unterhalb der Staffell- bzw. Obergrenzen nach dem kalkulatorischen Arbeitszeitbedarf der Betriebe zuteilen dürfen. Die AbL fordert, dass die EU den Ländern genau das erlaubt. Wie schätzen Sie heute die Chancen dafür ein? Würden Sie das in Bayern einführen?**

Europaweit gibt es durchaus Befürworter einer Deckelung der Direktzahlung nach dem kalkulatorischen Arbeitszeitbedarf

der Betriebe. Derzeit ist allerdings noch nicht erkennbar, ob eine solche Regelung EU-weit durchsetzbar wäre.

**Kommen wir zum so genannten Greening. Die EU-Kommission will offenbar 30 Prozent der Direktzahlungen nur noch auszahlen, wenn konkrete Umweltauflagen bei Fruchtfolge, Grünlanderhalt und ökologischer Vorrangfläche eingehalten werden. Wie ist Ihre Position dazu?**

An einem Greening führt aufgrund der fortgeschrittenen Diskussion auf EU-Ebene kein Weg mehr vorbei. Eine moderate „Angrünung“ der 1. Säule ist überlegenswert, wenn damit für die Direktzahlungen eine höhere Akzeptanz in Politik und Gesellschaft erreicht sowie eine langfristige WTO-Konformität abgesichert werden können. Die Maßnahmen müssen einfach und unbürokratisch gestaltet werden und sollen nur einen geringen Flächenumfang umfassen. Es ist auch vorstellbar, dass man sich darauf verständigt, den Betrieben keine zusätzlichen Greening-Auflagen abzuverlangen, die bereits jetzt entsprechende Anforderungen erfüllen. Dazu könnten Kleinbetriebe, Ökobetriebe, Grünlandbetriebe und solche mit einem hinreichenden Anteil an Landschaftselementen zählen. Dies wäre für mich akzeptabel, wenn diese damit in vollem Umfang die Direktzahlungen erhalten. Andere Betriebe müssten dagegen mit höheren Auflagen bzw. mit einer gewissen Kürzung der Direktzahlung rechnen.

**Zum Punkt Fruchtfolge. Wenn die Kommission vorschlägt, dass eine Frucht 70 Prozent der betrieblichen Ackerfläche einnehmen darf, bleibt der Anbau von Mais nach Mais nicht nur weiter erlaubt, sondern behält auch noch das volle Geld. Die AbL fordert deshalb eine Grenze von 50 statt 70 Prozent für eine Frucht. Gehen Sie da mit?**

Die Fruchtfolgeregelung, wie sie Kommissar Ciolos vermutlich als eine Greening-Maßnahme vorschlagen wird, wirft noch sehr viele Fragezeichen auf – z. B. welche Auswirkungen das auf Kleinbetriebe hat. Deswegen warte ich jetzt einmal ab, was wirklich kommt.

**Bayern hat bisher als einziges Bundesland ein Aktionsprogramm für heimischen Eiweißpflanzenanbau aufgelegt, wohl auch, weil die bisherigen Maßnahmen nicht ausgereicht haben, um den großen Anbau-Rückgang umzudrehen. Die AbL schlägt vor, den**

**Anbau von Leguminosen im Betrieb auch zu einer Greening-Anforderung zu machen. Hat die AbL Sie da auf ihrer Seite?**

Die Europäische Union hat sich aus guten Gründen im Konsens aus der Feinststeuerung von Agrarmärkten zurückgezogen und wird auf diesem Weg weiter voranschreiten. Ein zwingender Anbau von Leguminosen im Rahmen der ersten Säule GAP wäre eine Umkehr dieser politischen Grundsatzentscheidung und deshalb kaum durchsetzbar. In Bayern wollen wir daher mit freiwilligen Anreizen über das Kulturlandschaftsprogramm und die im Rahmen von Aufbruch Bayern finanzierte bayerische Eiweißstrategie entsprechende Lösungen anbieten. Ich will nicht zu alten ordnungspolitischen Mitteln greifen, die einen weiteren Schritt zu mehr Bürokratie bedeuten würden.



Helmut Brunner, Bayerischer Staatsminister für Landwirtschaft, erwartet schwierige Diskussionen zur Reform der GAP Foto: StMELF

**Letzte Frage: Bisher waren die Agrarminister von Bund und Ländern sehr darum bemüht, zur Reform der EU-Agrarpolitik eine einheitliche Linie zu vertreten. Wird das nun schwieriger, je stärker es um einzelne konkrete Vorschläge geht?**

Das wird sich herausstellen. Nach wie vor kämpfe ich dafür, dass wir in Deutschland eine einheitliche Linie bezüglich der Reform der EU-Agrarpolitik finden. Angesichts der unterschiedlichen Ausgangslage in den Ländern könnte dies mit der Konkretisierung von Vorschlägen noch schwieriger werden als bisher.

**Vielen Dank für das Gespräch!**



## Höhere Preise für Frankreichs Milchbauern

Das französische Milchboard will mit einem fairen Liefervertrag die Milchbauern stärken

### Fettlücke in Schweden

In Schweden wird die Butter knapp. Wie die *Süddeutsche Zeitung* berichtete haben die Skandinavier ein hausgemachtes Fettdefizit.

Einerseits ist bedingt durch Fernsehköche und Lifestyleänderungen nach Jahren der Fettverdammnis Sahne gerade salonfähig, andererseits

hat durch eine jahrelange Billigbutterstrategie Schweden viele seiner Milchbauern und Milchbäuerinnen zum Aufgeben gezwungen. Schwedische Butter war stets die billigste in Europa, die Supermarktketten hätten die Preise über Jahre gedrückt, so ein Sprecher des schwedischen Molkereiverbandes. Nun haben die Molkereien zu wenig Milchfett, um die große Nachfrage nach Sauerrahm, Butter und Sahne zu befriedigen. Es kommt bereits zu Hamsterkäufen und das Weihnachtsgeschäft mit den buttrigen Zimtschnecken und Mürbeplätzchen steht erst noch vor der Tür. pm

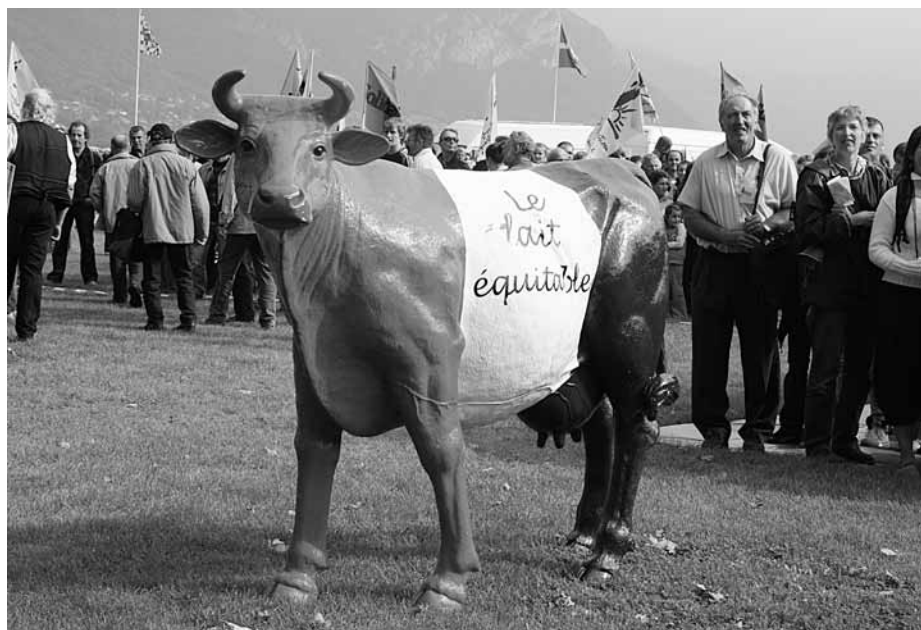
Das französische Milchboard (France MilkBoard FMB) hat einen Liefervertrag ausgearbeitet, um die französischen Milchbauern und ihre Verhandlungsmacht gegenüber den Molkereien zu stärken. Ausschlaggebend ist das Gesetz zur Modernisierung der Landwirtschaft (LMA) von 2010, das die französischen Privatmolkereien verpflichtet, ihren Bauern Lieferverträge für Rohmilch vorzulegen. Die Verträge, welche die Molkereien nun vorgelegt haben, sind jedoch so inakzeptabel, dass bis zum heutigen Tag lediglich fünf Prozent der französischen Bauern unterschrieben haben, kritisiert das europäische Milchboard (EMB). „Die Verträge enthalten keine konkreten Preise, die Festlegung der Liefervolumen soll allein den Verarbeitern vorbehalten sein und eine echte Bündelung der Erzeuger zur Stärkung ihrer Verhandlungsmacht wird verhindert. Die Abhängigkeit der Erzeuger von den Molkereien wird so verschärft“, sagt Sonja Korpeter vom EMB. Der Alternativvertrag des FMB sieht daher vor, dass die Erzeuger, die den Vertrag unterschreiben, ihr Verhandlungsmandat gegenüber ihrer Molkerei auf das FMB übertragen. Die Vertragsdauer wurde auf fünf Jahre festgelegt. Das Liefervolumen ist fest definiert und kann halbjährlich oder jährlich verändert werden. Der Milchpreis soll auf Basis der realen Produktionskosten festgelegt und jährlich von einer unabhängigen Kommission überprüft werden. Aktuell beträgt dieser Preis 41,20 Eurocent pro Liter Rohmilch, so das FMB.

### Bündelung ist wichtig

Ziel ist es, die französischen Milchviehhalter im Milchboard zu bündeln, um eine starke Verhandlungsmacht gegenüber der Milchindustrie aufzubauen, erklärt Anton

Sidler vom FMB. Dem Milchboard gehören der alternative Milchbauernverband (OPL), die Organisation der Unabhängigen Milcherzeuger (APLI) und der oppositionelle französische Bauernverband Confédération Paysanne an. In ihrem Kampf für eine Bündelung der französischen Milchbauern stoßen die Organisationen auf Hindernisse. In Frankreich sind 53 Prozent der Milch in Genossenschaften vertraglich gesichert. Diese sind jedoch von der neuen Gesetzgebung (LMA) ausgenommen. Der Alternativvertrag des FMB gelte daher nur für die 47 Prozent der französischen Milch, die an Privatmolkereien geliefert wird, erklärt Sidler. „Um eine starke Verhandlungsmacht im FMB aufzubauen, brauchen wir aber mehr“, sagt der Initiator des FMB. Zudem versucht der französische Bauernverband eine

sogenannte vertikale Erzeugerbündelung durchzusetzen. Statt, wie vom FMB gefordert, eine landesweite Bündelung, will der Bauernverband nur eine Bündelung der Lieferanten einer jeweiligen Molkerei. „Bauernverband und Milchindustrie arbeiten gegen uns“, sagt Sidler. Er ist jedoch zuversichtlich: „Mit dem Mustervertrag des FMB finden wir in der Politik Gehör.“ Am 13. September hat Paul de Montvalon, Vorsitzender des FMB auf der Landwirtschaftsmesse SPACE (Salon International de l'Élevage) in Rennes, den Mustervertrag direkt an Agrarminister Bruno LeMaire (Frankreich) übergeben. Jetzt soll es weitere Treffen mit dem Agrarminister geben, erzählt Sidler. Er fordert die französischen Milcherzeuger auf, den Alternativ-Vertrag zu nutzen und in das französische Milchboard einzutreten. mb



Blau weiß rot ist die Faironika Frankreichs

Foto: Herzog

## Bauernprotest wegen Molkereiübernahme

Die Molkerei Allgäuland zahlte Milchgeld nicht aus, um die Fusion mit Arla zu erzwingen

Laut einem Bericht der *Lebensmittelzeitung* behält Allgäuland seit August das Milchgeld von 200 Bergbauern ein, die ihre Milchlieferung an Allgäuland eingestellt haben. Grund war die Ankündigung der Allgäuland Käsereien GmbH das Milchgeld für August nicht wie vorgesehen am 12. September auszuzahlen, sondern die an diesem Tag anstehende Entscheidung zur Übernahme der Molkerei durch „Arla Foods“ abzuwarten, so die Informationsseite *schwäbische.de*. Etwa 1.000 Mitglieder der Bergbauern-Genossenschaft der finanziell angeschlagenen Allgäuland Käsereien GmbH hat-

ten am 12. September in einer zweiten Abstimmung mit 80,25 Prozent für die Übernahme durch „Arla Foods“ gestimmt. Mitte August wurde bei der Generalversammlung der „Allgäuer Bergbauern-Milch Sonthofen-Schönau eG“ die erforderliche 75-Prozent-Zustimmung zum Verkauf nicht erreicht. Rund 30 Prozent der Milchbauern hatten sich gegen eine Übernahme durch den Milchriesen ausgesprochen.

Die Genossenschaft behalte das Milchgeld der 200 Milchlieferanten als Pfand für angedrohte Strafzahlungen ein, berichtet die *Lebensmittelzeitung*. Angedacht seien bis

zu 15 Cent je kg nicht gelieferter Milch. In der Allgäuland-Käserei Bad Wörishofen kämen durch den Lieferstreik pro Woche rund 50.000 Liter weniger Milch an. Mittlerweile habe Allgäuland jedoch die fehlende Milchmenge von den anderen Verarbeitungsbetrieben umgeleitet, so die *Lebensmittelzeitung*.

Seit September erfasst die Privatmolkerei Zott zudem die Milch von 128 Bergbauern (etwa 40 Millionen Kilogramm ab 2013), die ihren Vertrag mit Allgäuland außerordentlich gekündigt haben, berichtet die *Lebensmittelzeitung*. Ihnen drohe Allgäuland mit Strafgeldern. mb

# Der Acker im Keller

Unwetter verschärfen Erosionsgefahr auf großen Flächen

Das das Auftreten extremer Wetterphänomene in Zukunft häufiger vorkommen wird, darauf werden wir von den Wissenschaftlern mit dem Hinweis auf die Folgen des weltweiten Klimawandels schon länger vorbereitet. Tatsächlich nehmen sogenannte Starkregen und heftige Gewitter offenbar wirklich zu. Besonders in Sachsen-Anhalt, aber auch in Brandenburg oder Sachsen hat dies in den letzten Jahren und gerade auch wieder mehrfach in den vergangenen Wochen zu anderen extremen Phänomenen geführt. Besonders in den Harzrandgebieten sorgten plötzlich auftretende heftige Regenfälle für extreme Bodenerosionen auf abgerenteten oder frisch bestellten Ackerflächen. In den örtlichen Medien ist dann immer von Schlammlawinen die Rede, die sich durch die benachbarten Dörfer wälzten, Keller zuschütteten und Vorgärten verwüsteten. Mitte September machte so eine Schlammlawine für Stunden die Autobahn 14 unpassierbar, der im Fernsehen interviewte Feuerwehreinsetzleiter spricht von großen Wassermassen, die nicht schnell genug abfließen können und „Dreck“ vom Acker, der die Gullys verstopfte.

## Zaghafte Kritik

Dass man auch kritisieren könnte, warum der „Dreck“ den Acker verlässt, wird an der Autobahn nicht thematisiert. Im Sachsen-Anhaltinischen Riestedt, das zweimal innerhalb von Tagen von zwei Schlammlawinen heimgesucht und schon mit Sandsäcken gesichert wurde, gibt es zumindest die Kritik, die Gräben am Ackerrand seien nicht in Stand gehalten worden. Aus dem Sachsen-Anhaltinischen Landwirtschaftsministerium gibt es dann zunächst nur die Aussage, dass für die Gräbeninstandhaltung die ortsansässigen landwirtschaftlichen Betriebe verantwortlich seien. Der frisch bestellte Rapsacker in seiner Größe bzw. die ihn bewirtschaftende Agrar-genossenschaft trage keine Schuld. Tage später äußert sich dann aber der Ministerpräsident und frühere Landwirtschaftsminister von Sachsen-Anhalt, Reiner Haseloff (CDU),

in einem Regionalmagazin des Mitteldeutschen Rundfunks durchaus mit einem anderen Unterton: „Viele Jahre sind relativ große Äcker industriell bewirtschaftet worden, auch in Ortsnähe, das ist ein Gefahrenpotenzial, das völlig neu bewertet werden muss.“ Er sprach sich vor dem Hintergrund vorhandener wissenschaftlicher Daten zur Erosion dafür aus, Äcker gegebenenfalls auch umzunutzen. Solche deutlichen Worte von offizieller Seite sind ungewöhnlich, auch bei der im Frühjahr durch eine Winderosion auf einem großen, zum Unglückzeitpunkt unbewachsenen Acker ausgelösten Massenkarambolage auf der Ostseeautobahn wiesen lediglich die Grünen darauf hin, dass solche Naturphänomene durchaus mit der Art der Bewirtschaftung und der Größe der Fläche zu tun haben.

## Alles bekannt

Dabei sind die Erkenntnisse ja nicht neu oder nur auf Seiten der NGO-Naturschützer. In einem Infoblatt des Zentrums für Agrarlandschafts- und Landnutzungsforschung des Landwirtschaftsministeriums in Brandenburg aus dem Jahr 2002 heißt es: „Die Zunahme der Bodenerosionserscheinungen in den letzten 50 Jahren kann auf verschiedene Ursachen zurückgeführt werden. Durch Zusammenlegung wurden immer größere einheitlich bewirtschaftete Flächeneinheiten geschaffen, die oftmals keine wasser- und windbremsenden Strukturen mehr aufweisen. Der Anbauumfang von Reihenkulturen wie Zuckerrüben, Mais, Kartoffeln und Gemüse wurde intensiviert und führte insbesondere auf erosionsgefährdeten Standorten zu Schäden. Gleiches gilt für den verstärkten Anbau von Winterweizen und neuerdings auch Winterweizen mit geringem Bodenbedeckungsgrad. ... Der generell erhöhte Bewirtschaftungsaufwand der intensiven Pflanzenproduktion bedingte die gehäufte Bodenbelastung durch Bearbeitungsgeräte, teilweise verbunden mit starker Verdichtung der Ackerkrume und einem hohen Fahrspurenanteil.“ *cs*



Wenn der Boden in die Dörfer kommt. Große Äcker schaffen viele neue Probleme. Foto: Tretropp

Kurzes am Rande

## Staffelung bewegt nur 0,2 Prozent

Nur 0,2 Prozent der künftigen deutschen Basisprämien (ohne 30 % Greening-Komponente) werden bewegt, wenn es bei dem Vorschlag zur Staffelung und Obergrenze der EU-Direktzahlungen bleibt, wie er gerade innerhalb der EU-Kommission abgestimmt wird. Das ergibt laut Medienberichten eine Folgenabschätzung der Generaldirektion Landwirtschaft, die an dem Vorschlag kräftig mitgewirkt hat. Der Vorschlag sieht bekanntlich vor, dass die Basisprämien zwischen 150.000 und 300.000 Euro mit gestaffelten Abzügen belegt und bei 300.000 Euro ganz gekappt werden, wobei allerdings die betroffenen Betriebe vorher ihre sämtlichen Lohnkosten (Arbeitgeber-Brutto) abziehen können, bevor die Kürzungen greifen. In Bulgarien wäre von diesem Vorschlag mit 9,8 % der Basisprämien ein viel höherer Anteil betroffen als in Deutschland (England: 5,2 %, Griechenland 4,0 %, Slowakei 3,1 %, Rumänien 2,9 %). EU-weit würden laut der Studie insgesamt 600 Millionen Euro bewegt, was einem Anteil von 1,3 % der geplanten EU-weiten Mittel für die Basisprämien entsprechen würde. Die Bundesregierung ist trotz dieser Zahlen weiterhin strikt gegen den Vorschlag der Kommission. *uj*

## Verlängerung der Legehennen-Kleingruppen vorerst gescheitert

Der Bundesrat hat einer Übergangsregelung für die sogenannte Kleingruppenhaltung von Legehennen eine Absage erteilt. Ein Verordnungsentwurf der Bundesregierung hatte vorgesehen, die ausgestalteten Käfige, die als Ersatz für die 2006 verbotene konventionelle Käfighaltung eingeführt worden waren, bis 2035 zuzulassen. Nach einer Normenkontrollklage des Landes Rheinland-Pfalz hatte das Bundesverfassungsgericht die Regelungen zur Haltung von Legehennen in Kleingruppenkäfigen für ungültig erklärt und die Bundesregierung aufgefordert, die Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung entsprechend zu überarbeiten. Die mit grünen Agrarministerinnen und Ministern besetzten Bundesländer Rheinland-Pfalz, NRW und Baden-Württemberg hatten Übergangsregelungen von 2017 bis 2020 gefordert. Nun ist die Bundesministerin aufgefordert, erneut mit den Ländern zu verhandeln. „Dies ist ein guter Tag für den Tierschutz“, kommentierte der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Kurt Beck (SPD). Der Agrarsprecher der Grünen-Bundestagsfraktion und AbL-Bauer, Friedrich Ostendorff, gab in einer Presseerklärung die nötige Marschrichtung vor: „Die Bundesregierung hat jetzt bis zum 31.3.2012 die Gelegenheit, einen neuen Entwurf vorzulegen, der im Kern die Minimierung des Tierleides zum Ziel hat und sich nicht an den wirtschaftlichen Interessen der Agrarindustrie orientiert.“ *cs*

## Fallzahl-Bedeutung überschätzt

Als „Irrsinn“ bezeichnet es der Getreideexperte Dr. Münzing (MRI Detmold) in *Land & Forst*, wenn deutscher Weizen mit schwächeren Fallzahlen nur als Futterweizen deklariert und genützt würde und zum Ausgleich Backweizen importiert werde. Denn auch aus diesem Weizen könnten hervorragende Brote gebacken werden. Die Fallzahl sage in diesem Jahr kaum etwas über die Backfähigkeit aus, weil die Stärke- und Klebermoleküle infolge der mediterranen Julihitze fest und hochaggregiert seien – so dass der regnerische August und die späte Ernte diese nur im äußeren Kornbereich lockern konnten. Die Bedeutung der Fallzahl müsse ohnehin überdacht werden, zumal die gemessenen Probewerte innerhalb einer Partie stark schwankten. Bereits einzelne Auswuchskörner könnten fälschlicherweise das Fallzahlresultat dominieren. *en*

## Ausgebrannt

Das deutsche Branntweinmonopol wird, wie von der EU-Kommission geplant, nach 2017 auslaufen, die 600 deutschen Kartoffel- und Getreidebrenner bekommen noch bis 2013 Subventionen, die 22.000 Obstbrenner bis 2017. Das Ende dieser Förderung, die für den Erhalt zahlreicher Bauernhöfe und vieler Streuobstwiesen sorgte, hatten vor allem gewerbliche Großbrennereien betrieben. *en*



## Umverteilung beschlossen

Die vom Bauernverband dominierte Vertreterversammlung der Landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft NRW hat am 15. September eine Umverteilung der Beitragslasten beschlossen. Betriebe mit bis zu ca. 75 Hektar Mähdrusch oder 330 Mastschweineplätzen, 32 Kühen oder 135 ha Wald werden höhere Beiträge zur Unfallversicherung zahlen, während für die größeren Betriebe die Beiträge gesenkt werden. Konkret wurde beschlossen, zur Berechnung der Beiträge nunmehr für fast alle Produktionsverfahren eine Degression einzuführen, so dass mit steigender Hektar- oder Bestandsgröße der Beitrag pro Hektar oder Tier sinkt (s. *Bauernstimme* 7/11, S. 4). Nur zwei Vertreter stimmten gegen die Beschlussvorlage: die AbL-Mitglieder Josef Jacobi und Bernd Schmitz. Jacobi sagte in der Sitzung, seit Jahren gebe es den Trend, kleinere Betriebe zunehmend schlechter zu stellen, um die Größeren immer mehr zu entlasten. Das sei eine soziale Frage. Scharf kritisierte Jacobi die Beschlussvorlage: „Es liegen keine Zahlen und Fakten dazu vor, ob die Unfallkosten in den kleineren und mittleren Betrieben tatsächlich höher sind als in großen Einheiten.“ Er führte an, dass kleinere Betriebe die Flächenwirtschaft vermehrt von Lohnunternehmern ausführen ließen, so dass mögliche Unfallkosten ausgelagert seien. Berufskrankheiten wie Atemwegserkrankungen, die zu Erwerbsminderungsrenten der LBG führten, träten möglicherweise in 400er Sauenställen häufiger auf als in Gemischtbetrieben mit durchschnittlichen Beständen. Jacobi beantragte die Vertagung des Punktes, um auf der Grundlage von Fakten entscheiden zu können. Das lehnten die Wortführer der Bauernverbände Westfalen-Lippe und Rheinland ab. *uj*

## Sie rollen wieder

Ungeachtet der Debatte um die erhöhte Strahlenbelastung im atomaren Zwischenlager Gorleben sollen die Castor-Transporter mit radioaktivem Müll wieder rollen. Laut Recherchen der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (BI) plant die Polizei ihren Großeinsatz für den Transport des Atom Mülls aus der französischen Wiederaufarbeitungsanlage Cap de La Hague nach Gorleben für den 25. bis 28. November. Die Landesregierung mache sich mit dieser getroffenen Terminierung völlig unglaubwürdig, kritisiert die BI. Bis Ende September muss die Gesellschaft für Nuklearservice (GNS) ihre Annahmefähigkeit mitteilen. „Ungeachtet einer ausstehenden erneuten Prüfung der Strahlenwerte durch das Niedersächsische Umweltministerium setzt das Innenministerium die Linie durch, dass der Transport wie geplant stattfindet. Niedersachsen macht sich zum Büttel der Atomindustrie und ihrer Entsorgungsnöte. Wozu gibt es eigentlich Grenzwerte, wenn die keine Rolle spielen?“, fragt die BI. „Wir werden auf jeden Fall präsent sein, wenn die Castoren wieder rollen“, verspricht Martin Schulz, Aktivist und Bauer aus dem Wendland. *mh*

## Bundestag reicht nicht

Der Aufsichtsrat der Agravis Raiffeisen AG hat Anfang September den niedersächsischen Bundestagsabgeordneten Franz-Josef Holzenkamp (CDU) zum stellvertretenden Aufsichtsratsvorsitzenden gewählt. Die Agravis AG (Münster und Hannover) hat im Jahr 2010 mit 5.200 Mitarbeitern 5,4 Milliarden Euro umgesetzt, vor allem in den Bereichen Getreide, Ölsaaten, Futtermittel, Düngemittel, Pflanzenschutz, Saatgut, Landtechnik und Energie. Holzenkamp ist agrarpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und gleichzeitig Vizepräsident des Niedersächsischen Landvolkverbandes. Holzenkamp war erst im Mai 2011 in den Agravis-Aufsichtsrat gewählt worden. Nun ist er dort also ein Vize von Aufsichtsratschef Franz-Josef Möllers, der auch noch dem Westfälisch-Lippischen Landwirtschaftsverbands (WLV) als Präsident vorsteht und auch Vizepräsident des Deutschen Bauernverbands (DBV) ist. Möllers kann jedoch aus Altersgründen nicht wieder als WLV-Präsident antreten. Hier gilt für die Möllers-Nachfolge derzeit Johannes Röring als aussichtsreichster Kandidat, er ist ebenso wie Holzenkamp Bundestagsabgeordneter der CDU. *uj*

Kurzes am Rande

# Politisch und lecker

Aktion gegen die Vernichtung von Nahrungsmitteln bewegt die Menschen

Wer am Mittag des 17. September über den Schlossplatz in Stuttgart schlendert, kann es schon von Weitem sehen und hören. An mehreren Tischreihen, gebastelt aus grünen, klappbaren Gemüseboxen, sitzen Hunderte von Menschen, die essen und diskutierten. Ein großes, weißes Banner mit der Aufschrift „Teller statt Tonne“ flattert neben einem Traktoranhänger, der den gekommenen Rednern aus Politik, Landwirtschaft, Handel und Lebensmittelverarbeitung als Plattform dient. Die Veranstalter, Slow Food Deutschland, Brot für die Welt und der Evangelische Entwicklungsdienst (EED) sprechen von rund 2.000 Bürgerinnen und Bürgern, die zu der Protestaktion gekommen sind. Mit der Veranstaltung, bei der etwa 1.000 Kilogramm Gemüse zu einem appetitlichen Mittagessen verarbeitet werden, prangern sie die unnötige Verschwendung von Lebensmitteln auf dem Acker, in der Verarbeitung, im Handel und auch Zuhause an. Die Kartoffeln, Rote Beeten, Karotten und andere Gemüsesorten, die wegen ihrer Über- oder Untergröße oder kleinen Mäkeln nicht den Normen des Lebensmittelhandels entsprechen, bekamen die Initiatoren von umliegenden Höfen geschenkt. Zwei Bäckereien lieferten dazu 75 Kilogramm Retourenbrot. Dieser Schlussveranstaltung gingen viele Aktionen unter dem Motto „Teller statt Tonne“ in ganz Deutschland voraus.

## Besuch aus Senegal

Für die öffentlichen Gesprächsrunden auf der Bühne, die über Lautsprecher auf dem Schlossplatz zu hören waren, wurden Vertreter einiger Unterstützerorganisationen geladen. Madieng Seck von Slow Food International aus Dakar berichtete aus seinem Heimatland Senegal. „Importierte

Produkte wie Getreide, Milch und Fleisch sind für die einheimische Bevölkerung zu teuer und zerstören zudem die lokalen Märkte“, erklärt er die Problematik seines Landes. Zur Vermeidung von Überproduktion von Lebensmitteln ist es wichtig, dass Länder wie Senegal ihre Nahrungsmittel in bäuerlichen Betrieben selbst produzieren können, um von ausländischen Billigimporten unabhängig zu sein, so Seck. Er fordert die Politik auf, die Selbstständigkeit und die lokale Produktion solcher Länder zu unterstützen.

Dass die fatalen Preisschwankungen auf den Lebensmittelmärkten politisch gewollt sind, berichtet Prof. Dr. Franz-Theo Gottwald von der Schweisfurth-Stiftung. Er kritisiert, dass die weltweite Lagerung von Nahrungsmitteln in den Händen großer privater Konzerne liege. „Wenn es gelingt, die Lagerhaltung von Lebensmitteln zu verstaatlichen, kann man Spekulationen mit Lebensmitteln, die zu Preisschwankungen führen, verhindern“, so Gottwald.

## Regional statt global

Zur Vermeidung von Überproduktion ist eine sinnvolle Vergabe von Agrarsubventionen notwendig, erklärt die Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL), Maria Heubuch. Bäuerinnen und Bauern sollen durch Fruchtwechsel und Leguminosenanbau die Eiweißversorgung ihrer Tiere selbstständig decken. Importe, aber auch Exporte von Futtermitteln müssen vermieden werden. „Wir müssen die Verteilung von Subventionen an ökologische und soziale Bedingungen knüpfen. Dazu gehört auch die Bindung der Direktzahlungen an Arbeitsplätze“, fordert Heubuch. Derselben Meinung ist ihr Gesprächspartner auf dem Podium, der Direktor aus dem baden-württembergischen Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz, Wolfgang Reimer. „Wir unterstützen den Vorschlag der EU-Kommission, die Verteilung der Direktzahlungen an ökologische Standards zu binden und die Prämien zu deckeln“, so Reimer. Er sieht ein Problem in der Industrielobby, die Einfluss auf europäische Entscheidungen nimmt und so die Durchsetzung mancher Vorschläge behindert. Auch die großen Bauernverbände sperren sich gegen ein „Greening“ und die Einführung von Obergrenzen bei der Vergabe von Agrarsubventionen, sagt Reimer. Doch der Druck aus der Öffentlichkeit wächst. Das Thema ist im Bewusstsein der Verbraucher und Landwirte, weis Heubuch. „Den fahrenden Zug in eine andere Richtung zu lenken ist immer schwierig. Aber jeder kann durch kleine Schritte was verändern. Wenn wir weiter den Politikern auf die Füße treten, werden sie Schritt für Schritt in eine andere Richtung gehen“, ist die AbL-Vorsitzende überzeugt. *mh*



Essen gegen die Vernichtung von Lebensmitteln – Bei der Aktion „Teller statt Tonne“ in Stuttgart herrschte großer Andrang. Foto: Herzog



**Betriebsspiegel:**

52 ha Ackerland (30 ha Futtergetreide, 15 ha Futtererbsen und -bohnen, 7 ha Klee gras)  
0,4 ha Wildpflanzenanbau (derzeit 14 verschiedene Arten)  
19 Angler Sattelsauen, 2 Eber  
150 Mastplätze  
Direkt-Lieferservice für Bio-Fleisch und Wurst

In diesem Jahr sah eigentlich alles ganz gut aus. Das Getreide auf unseren Feldern stand gut. Die extreme Trockenheit im April konnte weder dem Dinkel noch dem Weizen oder dem Hafer etwas anhaben. Ackerbohnen und Futtererbsen waren zur richtigen Zeit gesät und konnten genug Feuchtigkeit aus dem schweren Land ziehen. Für die Schneckeneier reichte es aber nicht. Sie vertrockneten im Boden, und das Unkraut keimte gar nicht erst: Als Bio-Betrieb hatten wir sogar noch Vorteile durch

die Trockenheit.

Einziges Problem war unser neuestes Projekt: Wir wollten Wildpflanzen zur Saatgewinnung anbauen. Aus Samen von Spitzwegerich, Braunelle und Co., die ein Biologe in unserer Region schon im Jahr zuvor gesammelt hatte, waren in einer Gärtnerei Jungpflanzen gezogen worden. Die kleinen Wildkräuter pflanzten wir im Juni auf 0,4 Hektar Ackerfläche. Es war immer noch vergleichsweise trocken. Die Pflanzen waren klein und kamen nicht in Gang. Lieschgras und Gelbklee, Platterbse und Kuckuckslichtnelke: Alles, was in der Natur schon im Juni mit der Blüte beginnt, konnte sich gegen das nun verstärkt aufwachsende Unkraut nicht behaupten.

Bei aller Energie, die wir ins Jäten,

Hacken und Mähen der Wildpflanzenreihen steckten, sah es nicht nach einem guten Ertrag aus. Dafür gaben das Getreide und die Erbsen und Bohnen Anlass zu großen Hoffnungen. Wir fingen an zu überlegen, was wir uns nach einer guten Ernte leisten könnten. Ganz kurz dachten wir sogar an einen neuen Trecker. Den nassen Juli hatten unsere Felder gut überstanden. Der nasse August ließ uns gerade genug Zeit, um das Getreide zu ernten. Als dann aber die Bohnen und Erbsen gedroschen werden sollten, setzten die Starkregenfälle ein. Mit viel Mühe, großem Einsatz unserer Kollegen auf dem Mäh-drescher, mit mehrmaligem Festsitzen und tiefen Spuren auf dem Acker hatten wir die Leguminosen mehr abgerissen als geschnitten. 20 Minu-

ten später kam das Unwetter, das den Nordosten Schleswig-Holsteins in eine Seenlandschaft verwandelte. Selbst mit einer weiten Fruchtfolge kann man sich auf solche Wetterkapriolen (Vorboden des Klimawandels?) nicht einstellen. Welche Nutzpflanze kann solche Trockenheit in der Wachstumsphase und Dauerregen zur Erntezeit vertragen?

Die Antwort hatten wir schon auf dem Feld stehen. Unsere kleinen Wildpflänzchen haben sich zu stattlichen Wildgräsern und Kräutern ausgewachsen. Seit drei Wochen schon bewundern wir täglich einen 100 m langen Streifen aus rosa blühenden Kuckuckslichtnelken. Denen macht der viele Regen nichts aus. Sie wachsen hervorragend auf dem nassen Boden. Also haben wir keinen neuen Trecker gekauft – dafür aber eine neue Sichel für die Kräuterernte.

Das ist es, was die Bäuerliche Landwirtschaft nicht nur spannend, sondern auch zukunftsfähig macht: Sie bietet Raum für Vielfalt: Die Vielfalt der Betriebsstrukturen, der Anbaumethoden, der Nutztierassen und der angebauten Pflanzen. Diese Vielfalt sorgt manchmal einfach nur dafür, dass der Spaß bei der Arbeit nicht zu kurz kommt. Dann mischt sich in das Regenwolkengrau und den braunen Matsch der Sümpfe und Teiche auf den Feldern ein im wahrsten Sinne des Wortes kräftiger rosa Schimmer am Horizont.

*Sönke Thiessen und Ute Hörcher*

## Acker-Seen mit rosa Blüten

Auf den ersten Blick gesehen gibt es „spannendere Events“ als einen Ausflug der örtlichen Jagdgenossenschaft, aber ich möchte mal den Blick von meiner Sichtweise erzählen: Nach 25 Ehejahren war es uns heuer erstmals möglich, zusammen daran teilzunehmen, denn die Rückkehr ist traditionell nach 20.00 Uhr, sozusagen unser „Silberhochzeitsausflug“.... Wir fuhren ins Appenzeller Land zu einer Schaukäserei, in der die Hauptarbeit auch schon ein Roboter verrichtet und nach Tett nang ins Hopfenmuseum, was meines Erachtens ein Besuch wert ist, kurzum: langes Busfahren eingeschlossen...

Die Tage davor waren geprägt mit viel Arbeit und Nervenkrieg, weil dank der unberechenbaren Witterung die Grummeternte sich zu einer Nervenzerreißprobe gestaltete. Musste ich doch auch noch mit ansehen, wie es unserem Nachbarn das Grummet erst durch einen überraschenden Wetterwechsel schon mittags anschiffte und am nächsten Tag die defekte Ballenpresse so lange bei Sonnenschein auf der Wiese stand, bis ein massiver Gewitterschauer wieder alles ersäufte. Ich habe wirklich mitgelitten und unser Praktikant aus dem Bayerischen Wald hat mir berührt und gerührt erzählt, dass es so viel Mitgefühl unter den Bauern in seiner Heimatgemeinde nicht mehr gibt, weil Einer den Anderen mit höheren Pachtpreisen überbietet. Sogar die Einkaufsgemeinschaft wäre aufgelöst worden, weil keiner zum Anderen auf den Hof



## Jagdausflug

fährt, vor lauter Streit, Neid und Missgunst....

Also fuhren wir im vollen Bus los, (übrigens hatten nur die „kleinen“ Bauern Zeit mitzufahren, die „großen“ samt Altenteiler waren anderweitig beschäftigt...) unser Nachbar neben uns und wir konnten die halbe Strecke mit allen, die sich noch beteiligen wollten, über diese „Scheiße“ reden. Sozusagen eine Gesprächstherapie und dem Einen oder Anderen fiel noch eine misslungene Ernte ein. In dieser Runde erzählte ich die Worte unseres Prakti-

kanten und wir waren uns einig, dass es soweit keinesfalls kommen dürfte... Die restliche Fahrtzeit nutzten mein Mann und ich mit reden, schauen und erzählen, denn keiner musste sich auf den Verkehr konzentrieren, keine Kinder plapperten dazwischen und keiner konnte „weglaufen“, weil es „Wichtigeres“ zu tun gab... So saßen wir beim Mittagessen, Kaffee und Abendessen immer mit verschiedenen Kollegen, jung und alt, am Tisch und es wurde nicht langweilig, kurzum es war ein richtig netter Tag... Ich habe den Wunsch, dass wir auch

noch in zehn Jahren in den Jagdausflug fahren, und zwar „alle“: große, kleine, mittlere und Biogasbauern, samt rüstigen Altenteiler, damit es möglich ist, zusammen einen gemütlichen Tag in unbeschwerter Runde zu erleben...

*Kordula Sirch*

**Betriebsspiegel:**

Milchviehbetrieb in Illerbeuren,  
(am südwestl. Rand d. Unterallgäus)  
45 Milchkühe plus eigene  
Nachzucht  
33 ha Grünland  
4 ha Futtermais

## Mengenregulierung bei Schweinen?

„Wir vernichten Eigenkapital“. In den Niederlanden analysieren Schweinehalter den Markt und suchen nach Auswegen

Eigentlich – ex oriente lux – sollte das Licht aus Osten kommen. Jetzt scheint es sich, mindestens für Schweineerzeuger, eher aus westlicher Richtung zu nähern. Ausgerechnet aus den Niederlanden, dieser Schweinehochkultur hinsichtlich Mengenproduktion und Rationalisierung.

moderne Landwirtschaft erklären. 4. Wir bleiben Unternehmer. (Auch wenn bereits nach Aussage von Landwirtschaftskammerexperten 30 bis 40 Prozent der Schweinehalter in ihrer Hochburg Weser-Ems Übernommene der vor- oder nachgelagerten Industrie sind.)

### Belgien kastriert nicht mehr

Schon ab dem nächsten Jahr ist in Belgien die betäubungslose Ferkelkastration verboten. Aufgrund einer freiwilligen Initiative der belgischen Fleischverarbeiter gibt es die stufenweise Abschaffung der Ferkelkastration in Belgien. Ab 2012 darf nur noch betäubt kastriert werden, ab 2018 ist die Ferkelkastration dann gänzlich verboten. Dies verkündete der Verband der belgischen Schlachthöfe und Zerlegetriebe und betonte, dass sich das sowohl auf die nationale wie als auch die internationale Vermarktung von belgischem Schweinefleisch beziehe. Auch der deutsche Bauernverband will bis 2018 aus der Ferkelkastration aussteigen. cs



Günther Völker hat den Schweine- und den Milchmarkt im Blick.

Foto: Jasper

Möglicherweise ist es aber gar nicht so erstaunlich. Denn nachdem alle innerbetrieblichen Kosten gesenkt sind, externe Kosten (Luftreinigung, Güllebeseitigung) steigen und Erfahrungen mit Welfare-Programmen gesammelt sind, gelangen niederländische Schweineerzeuger zu der Einsicht, dass die Massenproduktion nur der Sicherung der Preis- und Gewinnmargen der vor- und nachgelagerten Industrien und Handelsunternehmen dient. Der Niederlande Vakbound Varkenshouders (NVV), die niederländische Branchenorganisation für Schweinehalter, mit seinem Vorsitzenden Wyno Zwanenburg kommt zu der Erkenntnis, dass die EU Quoten für Schweinefleisch braucht. Einige AbLer aus Westfalen besuchten Zwanenburg Ende August auf seinem Sauenbetrieb in Odilapeel (NL). Sie trafen einen marktinformierten Vorsitzenden, nachdenklichen Verbandspolitiker, aufgeschlossen für die Zusammenarbeit mit NGOs. Das war für die Westfalen umso erstaunlicher, da sie bislang nur die einfach gestrickten Repräsentanten der ISN, der entsprechenden deutschen Branchenorganisation, kannten, deren Schweinemarktkredo sich in vier Punkten zusammenfassen lässt: 1. Wir sind Unternehmer. 2. Der Markt wird's richten. 3. Man muss den Verbrauchern

Tier- und Umweltschutz – nicht in der Lage, zu Weltmarktpreisen zu produzieren. Schlachter wachsen oft auf Drittlandsmärkten – insbesondere bei ihrer weiterhin geplanten Kapazitätsausweitung – wo sie meistens geringere Erlöse erzielen. Das führt automatisch zu Preisdruck bei uns. Verschärft wird dieses Problem noch durch das Ziel der deutschen Schlachthäuser, ihre Schlachtungen um 21 Prozent zu erhöhen, obwohl man schon weit über den Selbstversorgungsgrad hinaus gewachsen ist. Das ist nicht im Interesse der europäischen Produzenten.

Grundsätzlich fasst der NVV zusammen: „Studien bestätigen, dass die Margen der Erzeuger sinken bzw. sogar dauerhaft negativ sind. Wir vernichten Eigenkapital. Trotzdem produzieren wir nicht weniger. So kann es nicht mehr weitergehen.“

### Angebot aktiv anpassen

Den Ausweg aus dieser Misere sieht der NVV in einer Regulierung der europäischen Schweineproduktion, verbunden mit einem entsprechenden Außenschutz. Sie nennen es Schweinequote und gehen unbefangen mit diesem Begriff um. In den Niederlanden gibt es bereits seit längerer Zeit eine Schweinequote, auch wenn sie landläufig Güllequote genannt wird. Das liegt daran,

dass diese Mengenregulierung seinerzeit in der anstehenden Güllegesetzgebung verankert wurde. Die Regelung gilt auch für die Geflügelhaltung, während Milchvieh ausgenommen war, weil die Milchquote EU-weit die Menge regelte. Nach Ansicht der niederländischen Schweinehalter sollte demnächst – falls die Milchquote fällt – eine neue Mengenregulierung auf dem niederländischen Milchmarkt greifen, um Erzeugungsbedingungen und -voraussetzungen für alle viehhaltenden Betriebe anzugleichen. Die Analyse der Marktverhältnisse durch die NVV bei Schweinen trifft sich mit der des Bundesverband Deutscher Milchviehhalter (BDM) und des European Milkboard (EMB). Es wäre wünschenswert, wenn Kontakte zwischen diesen Branchenorganisationen entstehen würden, um sich inhaltlich abzustimmen und gemeinsam – insbesondere auf europäischer Ebenen – zu agieren.

### Parallelen zur Milch

Nicht nur bei der Analyse, auch bei Lösungsansätzen könnten sich diese Organisationen begegnen. In der Zusammenfassung der NVV-Positionen – in ihrem Positionspapier für den deutschen Sprach- und Schweineraum – heißt es, dass „die gesellschaftliche wie auch die physische Balance in Bezug auf die Schweinehaltung in ganz Europa erreicht worden ist und dass wir in europäischem Kontext plädieren sollten für:

Reguläre Preisberatung zwischen Produzenten und Detailhändlern mit einem europäischen Markt Manager, der aufgrund aktueller Marktinformationen über Anfrage/Preis/Nachfrage/Kosten angibt, innerhalb welcher Bandbreite der Preis liegen sollte. (...), Anpassung der EU-Kartellgesetzgebung, damit es für die Produzenten möglich wird, Preise festzusetzen. (...). Produktionsregelung der Schweine, da sowohl der physische Schweinemarkt wie auch die gesellschaftliche Akzeptanz gesättigt sind: Ein besserer Preis fängt an bei Regulierung des Angebots.“

### Ein Anfang

Freilich bleiben bei den Positionen des NVV noch viele Fragen offen. Es eröffnet sich jedoch eine Gesprächsmöglichkeit, den Irrsinn auf dem Schweinemarkt zu kennzeichnen, um Lösungsansätze zu entwickeln. Bislang scheint das Licht aus westlicher Richtung nur mit wenigen Lux, und von einer Verbreitung von Belgien über Deutschland bis Dänemark ist noch wenig zu merken. Jedoch beginnt auch hier ein 1000-Meilen-Weg mit dem ersten Schritt.

Günther Völker,  
Sauenhalter in Ostwestfalen



# Resistente Keime in der Massentierhaltung

Antibiotika wirkungslos gegen Klinik- und Agrarfabrik-Keime

Kommt ein schweinehaltender Landwirt als Patient ins Krankenhaus, dann wird er in immer mehr Kliniken erst einmal isoliert und daraufhin untersucht, ob er Träger der so genannten MRSA-Keime ist. Gegen diese resistent gewordenen Eiterbakterien vom Typ des Methicillin-resistenten Staphylococcus (MRSA) wirken viele Antibiotika nicht mehr, so dass z.B. viele Wundinfektionen nur noch schwer oder sogar überhaupt nicht mehr heilen. Die Ursachen für die Probleme durch MRSA stammen vor allem aus zwei Bereichen: Beim „Krankenhaus-MRSA“ (hospital-acquired-ha-MRSA) liegt es an zu häufigen Antibiotika-Verschreibungen der Ärzte und an mangelnder Krankenhaushygiene. Es gibt aber zunehmende Probleme auch mit dem „Tierhaltung-MRSA“ (livestock-associated-la-MRSA), der vor allem durch die Massentierhaltung von Schweinen und Geflügel entsteht.

## Agrarindustrie am Antibiotika-Tropf

In agrarindustriellen Großanlagen kann man die Tausenden von Schweinen oder die Zehntausenden von – einseitig auf raschen Brustfleischansatz gezüchteten – Hühner oder Puten auf engstem Raum nur halten, wenn man den Krankheitsdruck durch Antibiotika-Gaben in Schach hält. Nach offiziellen Angaben geschieht dies durchschnittlich bei Masthühnern 2,3 mal während einer Mastperiode (von 35 bis 40 Tagen) und jährlich 5,9 mal bei Schweinebeständen. Bis 2006 war sogar der prophylaktische Einsatz von „Fütterungs-Antibiotika“ zur Wachstumsbeschleunigung erlaubt – seltsam, dass nach dem Verbot dennoch der Antibiotika-Absatz der Tierpharma-Konzerne (ca. 800 Tonnen jährlich in Deutschland) weiter stieg und steigt. Nach wie vor dürfte die Hälfte aller Antibiotika in der Tierhaltung eingesetzt werden.

Wenn nun ein Bakterium durch Mutation sein Erbgut so verändert, dass es gegen ein Antibiotikum resistent wird, findet es in der Massentierhaltung und in Agrarindustrie-Regionen natürlich optimale Ausbreitungsbedingungen. Dies gilt für viele Bakterien und Bakterienkrankheiten, die neben den Tieren auch Menschen befallen. Viele Antibiotika wirken nicht mehr, und auch die wenigen „Reserve-Antibiotika“ für Notfälle verlieren zunehmend ihre Wirksamkeit. Da ist es unverantwortlich, dass selbst solche Human-Antibiotika immer noch in der Tiermedizin eingesetzt werden dürfen.

## Zeitbombe für Humanmedizin

Noch bedrohlicher sind Zahlen zu MRSA-Bakterien, die gleich gegen eine Vielzahl von Antibiotika resistent sind, die das

Bundesagrarministerium auf eine Anfrage der Grünen im Bundestag bestätigte: Bei einem Monitoring fand das Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) in 41 Prozent der Zuchtbetriebe und in 52 Prozent der Mastbetriebe MRSA-Keime vom Typ ST398. Diese sind zwar (noch) nicht so gefährlich wie andere Typen, aber Wissenschaftler warnen vor einer Zeitbombe durch neue Kreuzungen und Typen.

Diese MRSA-Keime befallen auch Menschen – vor allem natürlich die Tierhalter selbst. Dass es dabei entscheidend auf die Tierhaltungsbedingungen, auf Stroheinstreu und auf die Bestandsgrößen ankommt, zeigen Untersuchungen der Europäischen Lebensmittelbehörde (EFSA) und die Tatsache, dass man auf Neuland- und Biohöfen diese Keime nicht fand. Durch die Abluft der Agrarfabriken und über die agrarindustriell erzeugten Produkte gehen diese Keime auch auf andere Menschen über. Das Robert-Koch-Institut (RKI) fand MRSA-Keime an frischem Hähnchen- und Putenfleisch in rund einem Drittel der Proben. Laut ARD-Magazin Report-Mainz können diese Keime über kleine Wunden in den Körper eindringen und ggf. später bei größeren Operationen Probleme bereiten.



Zeitbomben für die Humanmedizin.

Foto: Deutscher Tierschutzbund

## Transparenz und artgerechte Haltung

Grund genug eigentlich zum raschen und entschiedenen Handeln. Länder wie Holland oder Dänemark folgen Aufrufen der EU und legen Programme zur Transparenz des Antibiotika-Einsatzes in der Tierhaltung und zu dessen Halbierung auf. Auch die Bundesregierung erfasst derzeit Daten zu Häufigkeit und Mengen der Antibiotika-Auslieferungen bei verschiedenen Wirkstoffen, Tierarten und in verschiedenen Regionen. Allerdings lehnte sie aus

„Datenschutzgründen“ die Initiative der Länder NRW und Niedersachsen ab, die Daten für Geflügelbetriebe und Geflügel-Fachtierärzte an die Länderagrarminister weiter zu geben. Gegen den Lobby-Einfluss der Pharma- und Agrarindustrie-Lobby steht die Position von Dr. Theodor Mantel als Präsident der Bundestierärztekammer: „Tierärzte, die korrekt arbeiten, haben nichts zu verbergen... Wir sollten unmittelbaren Zugriff haben auf die Menge der eingesetzten Medikamente, speziell natürlich der Antibiotika, im jeweiligen Betrieb.“ Die Lösung auch des Antibiotika-Resistenz-Problems liegt im Verbot der Massentierhaltung und in der Förderung der Umstellung der mittelständischen Tierhaltung auf artgerechte Ställe in bäuerlichen Strukturen in der gesamten EU. In Report forderte Professor Wolfgang Witte vom Robert-Koch-Institut Wernigerode: „Man muss die Tiere so halten und mästen, dass sich ein derartiger Antibiotika-Einsatz von vornherein verbietet...“ Die Bauern sollten dabei nicht auf ein von Agrarindustrielobby und Bauernverband inszeniertes, falsches Bedrohungsszenario hereinfallen: Mit der artgerechten Tierhaltung, zumal auf eigener Futtergrundlage, wäre automatisch eine

## Seuchen-Szenarien

Über ein mögliches Krisenszenario in der Geflügelwirtschaft des Emslands berichtete kürzlich der Erste Stadtrat. Angesichts der 33 Mio. Geflügelmastplätze würde ein Seuchenfall mindestens eine Mrd. Euro verursachen, so Dieter Sturm laut *Meppener Tagespost*, das Tierseuchen-Krisenzentrum im Kreishaus funktioniere wie ein Katastrophenschutzzentrum, mit einem Materiallager und Spezialgeräten für die schnelle Tötung Hunderttausender Tiere. Die Kommunen seien stets in der Pflicht, Personal zu stellen. In der Nähe des Rothkötter-Schlachthofs in Haren sei eine geplante Freilandhaltung von Geflügel problematisch. en

Mengenreduzierung verbunden und damit auch fairere Erzeugerpreise. Die zunehmenden Skandale der agrarindustriellen Tierhaltung, auch im Bereich der Antibiotika, werden auch die Verankerung entsprechender Vorgaben bei der EU-Agrarreform immer dringlicher machen. Und die Journalisten von Report haben absolut recht mit ihrer Forderung: „Schutz der Gesundheit statt Schutz der Geflügelindustrie...“ en

**Es ist ein Meilenstein für die gentechnikkritische Bewegung, dass der Europäische Gerichtshof Strenge hat walten lassen. Den Imkern ist hoch anzurechnen, dass sie nicht aufgeben und die Angelegenheit stellvertretend für die Bewegung ausgefochten haben. So rücken die Bienen und ihr Honig, die bislang in der Debatte um die Gentechnik auf dem Acker oft ausgeblendet wurden, ins Zentrum der Auseinandersetzung. Sie machen einmal mehr deutlich: Diese Technologie ist nicht rückholbar, einmal in der Welt, ist sie nicht mehr zu kontrollieren. Die meisten Menschen in Europa wollen keine Gentechnik auf dem Acker und in ihrem Essen. Der EuGH hat dieser Haltung Rechnung getragen. Die Botschaft ist klar: eine gentechnikfreie Landwirtschaft nicht nur in Deutschland, in ganz Europa ist ein schützenswertes Gut und kann im Zweifelsfall eingeklagt werden.**



## Nulltoleranz bleibt Nulltoleranz

Der Europäische Gerichtshof entscheidet: Auch gentechnische Verunreinigungen im Honig fallen unter das Gentechnikrecht

Lebensmittel, in denen Spuren von gentechnisch veränderten Pflanzen enthalten sind, fallen unter das europäische Gentechnikrecht. Was trivial klingt, hat in der Praxis große Tragweite und beschäftigte in den vergangenen zwei Jahren die Gerichte. Ganz konkret ging es um Honig, in dem Pollen von gentechnisch verändertem Mais der Sorte MON810 enthalten war. Karl-Heinz Bablok, ein Hobbyimker, wie es viele in Deutschland gibt, hatte seinen Honig auf das Vorhandensein gentechnisch veränderter Bestandteile untersuchen lassen. Bis zu sieben Prozent gentechnisch veränderten Pollen fand das Untersuchungslabor in einer der vier Proben. Allerdings waren nicht sieben Prozent des Honig verunreinigt, sondern sieben Prozent des im Honig enthaltenen Pollens. Der Anteil von Pollen im Honig beträgt nur ca. ein Prozent.

### Die Biene sammelt

Die bayerische Landesanstalt für Landwirtschaft hatte auf ihren Versuchsflächen in der Nähe von Augsburg MON810 zu Forschungszwecken angebaut. Der Bienenstand des Imkers Bablok lag ca. zwei Kilometer entfernt. Bablok wusste von den Versuchen, nahm Proben des von den Bienen eingetragenen Pollens. Die Ergebnisse waren positiv. Deshalb siedelte er im folgenden Jahr mit seinen Bienen nach München in den englischen Garten um. Trotzdem ließ er seinen Honig untersuchen. Das Labor fand gentechnisch veränderte Pollen. Das Ergebnis überraschte. Offenbar hatten Reste vom Pollen aus dem Vorjahr zur Verunrei-

nigung geführt. Vom Freistatt Bayern wollte Herr Bablok seine Unkosten in Höhe von 300 Euro erstattet bekommen. An der TU Weihenstephan, wo der Versuchsanbau gentechnisch veränderter Pflanzen des Landes Bayern koordiniert wird, erklärte man sich für nicht zuständig. Unterstützt vom Verein Aktionsbündnis zum Schutz der Bienen vor Agro-Gentechnik klagte Bablok zusammen mit weiteren Imkerkollegen.

### Zutat oder Bestandteil

Im Verlauf des Verfahrens wurde deutlich, dass es sich um weit mehr als nur einen Schadensersatzprozess handelte. Im Kern ging es um die Frage, ob der im Honig enthaltene Pollen ein gentechnisch veränderter Organismus (GVO) im Sinne des Gentechnikrechts ist. Nach Auffassung des Gerichts hat der Pollen seine Möglichkeit zur Fortpflanzung verloren und ist nicht mehr fähig, genetisches Material zu übertragen. Daher wird er auch nicht als GMO bezeichnet.

Allerdings, führt das Gericht weiter aus, regelt die Verordnung nicht nur den Umgang mit GMOs, sondern auch den mit gentechnisch veränderten Zutaten. Im Sinne der Lebensmittelverordnung, so das Gericht, stellen die Beimischungen von gentechnisch verändertem Pollen, auch wenn sie durch die Bienen selbst verursacht wurden, eine Zutat dar. Demnach ist der Pollen als „hergestellt aus GMO“ zu kennzeichnen. Bis zuletzt, so berichtet Imker Bablok, der selbst zur Urteilsverkündung nach Brüssel reiste, behauptete die Gegenseite, Honig sei ein tierisches

Produkt, von dem kein Schaden ausgehe. Sie wurde eines besseren belehrt.

### Nicht verkehrsfähig

Für den Mais MON810 der Firma Monsanto und dessen Pollen im Honig hat das Gerichtsurteil weitreichendere Konsequenzen. Da Monsanto den gentechnisch veränderten Mais nur als Futtermittel und einige wenige Lebensmittel aus Mais beantragte und zugelassen bekam, darf der Maispollen nicht im Honig vorhanden sein. Der Honig, aber auch jedes andere Produkt, das nicht von der Zulassung erfasst ist, verlieren durch das Vorhandensein von MON810-Bestandteilen ihre Verkehrsfähigkeit. Wer sie dennoch in Verkehr bringt, also verkauft, verschenkt oder ohne Nachweis entsorgt, macht sich strafbar.

Vor der Urteilsverkündung speulierten einige Gentechnikbefürworter darauf, dass Pollen im Honig als fester Bestandteil und nicht als Zutat betrachtet würden. Bei einem Kennzeichnungsschwellenwert von 0,9 Prozent für nicht zu verhindernde und unabsichtliche Beimischungen wäre eine Kennzeichnung des Honigs wegen des geringen Pollenanteils von ca. einem Prozent nahezu ausgeschlossen gewesen. Eine Zulassung für das betreffende Lebensmittel vorausgesetzt.

Weitreichende Folgen hat das Urteil auch für importierte Honige. So müssen die Importeure in Zukunft sicherstellen, dass ihre Ware keinen Pollen von in der EU nicht zugelassenen gentechnisch veränderten Pflanzen enthält. Wenn Pollen von als Lebensmittel zugelassenen GMO enthalten sind und

diese den Schwellenwert von 0,9 Prozent übersteigen, so müssen diese auf dem Etikett mit „hergestellt aus GMO“ gekennzeichnet werden.

Dass sich der – nach außen immer gentechnikkritisch darstellende – Freistaat Bayern im Prozess von dem Unternehmen Monsanto unterstützen lässt, wirft zumindest die Frage nach der Unabhängigkeit der staatlichen Forschungseinrichtungen auf. Abzuwarten bleibt, wie das Unternehmen Monsanto auf die Gerichtsentscheidung reagiert. Immerhin steht aktuell die Wiederzulassung von MON810 an.

In der Vergangenheit gab sich die Nordeuropa-Chefin von Monsanto, Frau Lüttmer-Ouazane, kämpferisch trotzig. In einem *Zeit*-Interview antwortete sie auf die Frage, wie verhindert werden könne, dass Gen-Pollen auf andere Pflanzen übergehe: Dafür hat der Gesetzgeber eine eindeutige Regelung geschaffen. Die Vermischung muss minimiert werden. Ausschließen kann man so etwas nie. Schließlich befinden wir uns in freier Natur und nicht in einem klinisch sauberen Raum.

Diese Einschätzung dürfte durch das Urteil des EuGH deutlich relativiert worden sein. Das sieht auch Karl-Heinz Bablok, der resümiert: „Hätten wir die 300 Euro damals doch nur gezahlt, haben sich die Beamten in Weihenstephan bestimmt schon öfter gedacht. Jetzt hat jeder Imker die Möglichkeit zu klagen.“

mn



## „Brauchen Neubewertung des Gentechnikrechts“

Was heißt das EuGH-Urteil für die Berliner Politik? Ein Interview mit dem SPD-Bundestagsabgeordneten Matthias Miersch

Der umweltpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Matthias Miersch hat nicht nur als stellvertretendes Mitglied im Agrarausschuss des Bundestages immer wieder als Kritiker der grünen Gentechnik von sich reden gemacht. Was das Urteil des EuGH zu Gunsten des Imkers und der gentechnikfreien Landwirtschaft für Auswirkungen in Berlin hat, darüber spricht er im Interview.

**Bauernstimme: Der EuGH hat entschieden. Was ist aus Ihrer Sicht der wichtigste Aspekt an dem Urteil?**

Miersch: Bemerkenswert ist, dass die Bienen überhaupt nun in der Debatte eine Berücksichtigung finden, bislang wurde diese Problematik immer ausgeklammert. Das Gericht hat bestätigt, dass eine wesentliche Beeinträchtigung vom Imker geltend gemacht werden kann.

**Was ist die Konsequenz?**

Daraus folgt für mich eine völlige Neubewertung des Gentechnikrechts. Die Frage, ob Koexistenz, überhaupt

möglich ist, muss neu gestellt werden. Ich habe da immer schon große Zweifel gehabt, auch weil man Bienen nicht dressieren kann, aber das ist jetzt in Berlin und Brüssel zu klären.

**Sind da noch mehr offene Fragen?**

Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts im letzten Jahr, in dem es ja um den Vorsorgegrundsatz ging, muss man auch hier fragen: Ist der bei Freisetzung zu realisieren? Muss man nicht auch hier neu bewerten, also grundsätzlich über den Einsatz von grüner Gentechnik noch mal sprechen. Die Frage ist doch auch: Können wir als Gesetzgeber sehenden Auges Ja sagen zu einer Technologie, bei der Schäden und Auseinandersetzungen um Schadensersatz vorprogrammiert sind?

**Wird so jetzt debattiert?**

Debattiert wird um Sicherheitsabstände und Kennzeichnung, dabei sollte der Gesetzgeber die Grundsatzfrage stellen: Was bringt uns diese Technik? Ich hab noch keine Begründung dafür gehört, die das Risiko hin-

nehmbar macht. Da springt die Debatte um Sicherheitsabstände zu kurz. Genauso wie Ideen der Kennzeichnung, die dann nur dazu führen, dass es unübersichtlich wird.

**Welche Haltung nehmen die verschiedenen Parteien in Berlin derzeit ein?**

Schwarz-gelb erscheint mir in einer Schockstarre, sie fassen das Thema nur mit spitzen Fingern an, weil man damit ja auch Wahlen verlieren kann. Zumal es ein klassisches Streitthema zwischen Liberalen und einigen Konservativen ist. Und ich als Sozialdemokrat sehe natürlich die unterschiedlichen Sichtweisen großer Firmen oder auch der Gewerkschaften und ich denke, wir müssen jetzt seriös die Debatte führen. Die beiden gerichtlichen Entscheidungen sind jedenfalls eine gute Grundlage, um innerhalb der SPD zu einem klaren Votum zu kommen. Auch der Aspekt, dass man durch einen Analyse- und Kontrollaufwand, den man zwangsläufig hätte, wenn man sich der grünen Gentechnik öff-



Matthias Miersch diskutiert gegen grüne Gentechnik  
Foto: Herzog

net, der Gesellschaft enorme Kosten aufbürdet, ist zu beachten. Es ist alles auch eine Frage der Verhältnismäßigkeit: Lohnt sich der Aufwand für diese Technologie? Ich meine: Nein!

**Vielen Dank für das Gespräch!**

cs

## Aufschieben statt Schutz für Imker

In Brüssel diskutieren Politiker und Funktionäre über die Folgen des Honigurteils

Obwohl sich schon seit Februar dieses Jahres abzeichnete, dass deutsche Imker Gentechnikgeschichte schreiben könnten, erscheinen die EU-Entscheidungsträger wie gelähmt nach dem Urteil des höchsten Europäischen Gerichts. Im September hat der EuGH klar gemacht, dass es kein Recht auf „etwas“ Gentechnik-Verunreinigung im



Mute Schimpf: Beobachterin der politischen Entwicklungen in Brüssel  
Foto: Herzog

Honig gibt. Entweder Gentechnikpflanzen und daraus hergestellte Produkte sind zugelassen – oder eben nicht. Die Reaktionen der EU-Kommission zeugen nicht vom Willen, nun Gesetze so zu ändern, dass Honigerzeuger ein verbrieftes Recht vor Verunreinigungen bekommen. Mal wird über mögliche WTO-Folgen nachgedacht, wenn Honigimporte aus Gentechnik-Anbauländern wie Argentinien nicht mehr in der EU vermarktet werden dürfen. Mal wird rasch die Position gewechselt. Während der Verhandlung vor dem EuGH hatten die Vertreter der EU-Kommission die ungläubige Frage des Richters, ob sie etwa die Bienen als Verursacher der Kontamination mit Gentechnik-Mais im Honig benennen wollen, noch rasch umschiffen können. Nach dem Urteil klang das dann schon etwas anders. „Die Kontamination ist durch die Bienen selbst verursacht. Wir können nicht jede einzelne Biene mit GPS verfolgen“, so der Sprecher der Kommission Frédéric Vincent in der britischen Zeitung *Guardian*.

**Import nur mit Zertifikat**

Das Urteil bietet Imkern in der EU ver-

besserte Vermarktungsmöglichkeiten. Wenn weniger importiert wird, kann mittelfristig mehr heimischer Honig vertrieben werden. Das sehen selbst die Imker aus Spanien so, obwohl dort auf mehreren 10.000 Hektar Gentechnik-Mais MON810 angebaut wird. Noch keine Entscheidung über Folgen des Urteils trafen die Experten der EU-Mitgliedsstaaten bei ihrem Treffen Mitte September in Brüssel. Ein Ansatz wäre, von den Importeuren in die EU ein Zertifikat zu verlangen, dass der Honig keinerlei Beimengungen von nicht als Lebensmittel und als Pollen zugelassenen Gentechnikprodukten enthält. Diese Regel hatte die EU schon 2006 angewandt, als in den USA illegaler Gentechnikreis entdeckt und dieser illegal unter anderem in die EU importiert wurde.

**Auswirkungen aufs Gentechnikrecht**

Seit einigen Jahren versuchen die Gentechnikindustrie und etliche Politiker, die Öffentlichkeit zu überzeugen, dass etwas Hintergrundverunreinigung mit Gentechnik niemanden stören sollte. Dieser Versuch ist aber

nicht durch das allgemeine EU-Gentechnikrecht gedeckt. Die Richter des EuGH haben diese Tatsache den EU-Politikern nun wieder in Erinnerung gerufen. Durch das Urteil des EuGHs entstehen neue Fragen. Da es EU-weit keine Mindeststandards für die sogenannten Koexistenzregeln gibt, besteht nun Klärungsbedarf, wie Imkerinteressen endlich in die nationalen Gesetzestexte aufgenommen werden können:

Welche Pflichten hat der Gesetzgeber, Imker aktiv und im Vorfeld über geplante Freisetzungversuche und Anbauflächen zu informieren?

Wie kann im Vorfeld ein Interessenausgleich zwischen Honigerzeugung und dem Anbau vorgenommen werden?

Wer haftet im Schadensfall bei Honig?

Das Urteil hat Folgen für die gesamte Lebensmittelerzeugung. Es stärkt all jene, die dem Verbraucherwunsch nach gentechnikfreien Lebensmitteln folgen, und es bietet dem Lebensmittelsektor besseren Schutz gegen Verunreinigungen.

Mute Schimpf,  
Bundesvorstand AbL

# Keine Gentechnik im Futtertrog

Schweinebauern in Österreich machen es vor

## Mängel bei GVO-Risikoprüfung

Die sogenannte „vergleichende Risikoprüfung“ vor der Zulassung gentechnisch veränderter Organismen ist veraltet. Das zeigt die jetzt veröffentlichte Studie „Risiken mit amtlichem Siegel: Mängel bei der Zulassung gentechnisch veränderter Pflanzen“ vom Bund ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW). Die Risiken gentechnisch veränderter Organismen (GVO) werden vor der Zulassung weder mit der notwendigen Sorgfalt untersucht, noch gibt es funktionierende Systeme zur Überwachung gesundheitlicher und ökologischer Auswirkungen nach ihrer Zulassung, so das Ergebnis der Studie. „Das Zulassungsverfahren von Gentechnik-Pflanzen hält nicht, was es verspricht“, kritisiert BÖLW Vorstandsvorsitzender Felix Prinz zu Löwenstein das EU-Verfahren. „Die Bundesregierung muss sich in Brüssel sofort für dessen Reform sowie für die Möglichkeit regionaler Anbauverbote von Gentechnik-Pflanzen einsetzen“, so seine Forderung. „Wir brauchen eine gründliche Risikoprüfung, denn einmal in die Natur entlassen, können GVO nicht wieder zurückgeholt werden.“ mh

Ein österreichisches Schlachtunternehmen hat zu Beginn dieses Jahres ein Projekt für gentechnikfreies Schweinefleisch gestartet (siehe *Bauernstimme* 09-2011). Darauf haben viele Bäuerinnen und Bauern nur gewartet. Inzwischen liefern rund 70 österreichische Schweinebauern an das „IBO-Schwein“ Projekt. Darunter auch Kurt Auinger aus dem österreichischen Pennewang. Gemeinsam mit sei-

Franz Oberndorfer, Leiter des IBO-Schweineprojekts. Der Betrieb Auinger bekommt von dem Schlachtunternehmen einen Aufschlag von 6 Cent pro Kilogramm gentechnikfreies Schweinefleisch. Für das gentechnikfreie Soja zahlt der Schweinebauer 30 bis 40 Euro pro Tonne mehr als für konventionelles Futtermittel. Insgesamt, so Auinger, sind die Kosten jedoch weniger geworden, da die Schweine

seltener krank werden. Mit Hindernissen hatte der Familienbetrieb bei der Umstellung auf gentechnikfreie Fütterung nicht zu kämpfen. Da sich in Österreich viele Futtermittelhändler auf gentechnikfreies Soja spezialisiert haben, ist die Versorgung gesichert.

## Mehr Gewinn

Nur etwa 20 Kilometer von Pennewang entfernt betreibt auch die Familie Dietachmayer einen Schweinebetrieb mit 600 Mastplätzen. Franz Dietachmayer lehnt aus gesundheitlichen Bedenken die Fütterung mit Gensoja ab. Seine Schweine fährt der Österreicher aus Sattledt eigenhändig die kurze Strecke von 2,5 Kilometer zum Schlachtunternehmen. Auf 45 Hektar baut der Schweinebauer das meiste Futter für seine Tiere selbst an. Nur das gentechnikfreie Soja kauft er von einem österreichischen Importeur zu. Die Familie ist zufrieden mit der Umstellung auf gentechnikfreie Fütterung. „Unterm Strich erzielen wir pro Kilogramm sogar ein paar Cent mehr mit dem IBO-Schweinefleisch“, erzählt Dietachmayer. Immer mehr Bauern aus den umliegenden Regionen würden sich der gentechnikfreien Fütterung anschließen. mh



Verbraucher wollen Schweine ohne Gentechnik

ner Frau betreibt er nahe Linz einen Zuchtsauenbetrieb. Die 60 Tiere und ihre Ferkel fressen seit Februar nur noch gentechnikfreies Futter. Der Schweinebauer hat sich für das IBO-Schweine-Projekt entschieden, weil ihm regionale Produktion und Wertschöpfung am Herzen liegen. Eine Voraussetzung im Abnahmevertrag mit der Oberndorfer Fleisch GmbH ist neben der Gentechnikfreiheit auch die Regionalität der Futtermittel. Das Saatgut für den Anbau von Mais muss in Österreich gekauft werden. Ebenso dürfen Fertigfuttermittel und Konzentrate ausschließlich von österreichischen Herstellern bezogen werden. Weiterhin heißt es in den Richtlinien, dass zugekaufter Mais nur aus Ländern kommen darf, in denen es keinen Anbau von gentechnisch veränderten Sorten gibt.

## Nachfrage steigt

Aber auch aus gesundheitlichen Gründen für Mensch und Tier hat sich der Schweinebauer gegen die Gentechnik entschieden. „Gesundheitlich geht es unseren Schweinen seitdem besser“, erzählt Auinger. Auch den Konsumenten möchte er mehr Sicherheit bieten. Die danken es ihm und bezahlen für das gentechnikfreie Schweinefleisch im Regal einen höheren Preis. Die Nachfrage steigt wöchentlich, berichtet



Franz und Rosemarie Auinger aus Österreich setzen auf Regionalität und gentechnikfreie Fütterung ihrer Schweine  
Fotos: Auinger



## STV erhöht den Druck

Die Aufbereiter von Saatgut sollen Informationen preisgeben

Die Pflanzzüchter pochen gerne auf mehr Rechte, als sie eigentlich haben“, sagt Jens Beismann, Anwalt der Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugebühren und -nachbaugesetze (IGN). Das werde wieder einmal deutlich, wenn man sich das neueste Infomaterial anschaut, das derzeit von der STV unter Bauern und Aufbereiter gebracht wird. Besonders die Aufbereiter von Saatgut sind im Visier der Saatguttreuhand Verwaltungs GmbH (STV). Offenbar ist der Druck, der auf die Aufbereiter ausgeübt wird, erheblich, dabei ist die Rechtslage klar: „Aufbereiter müssen nicht die Sortennamen aufnehmen und sie müssen auch keine Rückstellproben ziehen“, betont Beismann. Genau das versucht aber der Infolyer zu suggerieren.

### Urteilstext eindeutig

Es geht offenbar um Verunsicherung, dabei ist der Urteilstext im EuGH-Urteil eindeutig: „Die Verordnung (EG) Nr. 2100/94 verpflichtet die Aufbereiter jedoch nicht dazu, sich über die Sorte zu informieren, zu der das Saatgut gehört, das sie aufbereiten. Hinsichtlich der Landwirte, bezüglich deren der Sortenschutzinhaber nicht über Anhaltspunkte verfügt, dass der Aufbereiter die betreffende Sorte für sie aufbereitet hat oder aufzubereiten beabsichtigt, besteht die Verpflichtung des Aufbereiters, dem Sortenschutzinhaber die relevanten Informationen zu übermitteln, deshalb nur in den Fällen, in denen die Sorte dem Aufbereiter angegeben wurde oder auf andere Weise bekannt war, wie sich aus Art. 9 Abs. 3 Verordnung (EG) Nr. 1768/95 ergibt.“ Beismann mutmaßt, so wolle man eben nach und nach die Aufbereiter weich kochen, um dann schließlich doch die Daten beisammen zu haben. Von Rückstellproben, die genommen werden müssten, hat jedenfalls noch kein Gericht gesprochen. Genauso wenig wie es eine Verpflichtung der Aufbereiter gibt, Angaben zum Verkauf von Z-Saatgut zu machen, was auch schon von der STV von Aufbereitern gefordert wurde.

Beismann geht es nicht nur um die Nachbausituation und die Rolle der Aufbereiter. Er sieht sie auch vor dem Hintergrund der geplanten Auditierungsvorhaben für Aufbereiter von Z-Saatgut (QSS). Nur auf den Ersten Blick hat beides nicht viel miteinander zu tun, aber schaut man genauer hin, sieht man die Strategie der Pflanzzüchter, die Struktur der Saatgutaufbereitung nachhaltig zu verändern. Es stehe zu befürchten, so Beismann, dass durch die Zwangsauditierung viele kleinere oder mittlere Aufbereiter dem geforderten Standard nicht

gerecht werden könnten und zukünftig keine Aufträge mehr im Bereich von Z-Saatgut erhalten würden. Möglicherweise könnten diese Betriebe jedoch weiter ein Auskommen durch die Aufbereitung von Nachbausaatgut haben, es könne mittelbar aber auch ein Aus für die Nachbausaatgutaufbereitung bedeuten. Man müsse davon ausgehen, dass zahlreiche kleinere Aufbereiter die Segel streichen müssten, da ihr Auftragsvolumen nicht mehr auskömmlich sei. Die Züchter gehen jedenfalls nicht zimperlich mit ihren zum Teil sehr langjäh-

rigen Vermehrungskunden um, wenn diese sich zögerlich in Sachen QSS-Zertifizierung verhalten. „Wir bekamen die Pistole auf die Brust gesetzt“, sagt ein bäuerlicher Vermehrer und Aufbereiter, der dem Ganzen skeptisch gegenübersteht. Unter dem Druck, sich zertifizieren zu lassen oder keine Vermehrungsaufträge mehr von den Züchtern zu bekommen, gab er nach und ärgert sich still. Den Züchtern wäre vielleicht sogar lieber gewesen, er hätte aufgegeben, das hätte die Struktur wieder ein Stück weit bereinigt. cs



Hände weg vom Saatgut!

Foto: BLE/Stephan

### Kartoffelnachbauregelung in Belgien

In Belgien haben Bäuerinnen und Bauern mit einem Zusammenschluss der großen Kartoffelzuchtunternehmen, dem Breeders Trust, offenbar eine Nachbaulösung für diese Saison ausgehandelt, laut *Agrarzeitung* scheint auch eine fürs nächste Jahr absehbar. Gezahlt werden soll offenbar eine Lizenz von 37,50 Euro pro Tonne Pflanzgut einer geschützten Sorte. Auf Ansprüche aus vergangenen Jahren verzichten die Züchter. Ob entsprechend der Speisekartoffelpreise für jedes Jahr neue Lizenzen verhandelt werden, blieb offen, es soll jedenfalls „rechtzeitig“ verhandelt werden. Die Züchter spekulieren auf wachsende Einnahmen in den nächsten Jahren, da die große Bedeutung der freien Sorte Bintje zunehmend schwindet und nach und nach neue, geschützte Sorten ihren Markt erobern. cs



### Saatgutfonds

Einen Saatgutfonds wie ihn die Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugebühren und Nachbaugesetze (IGN) seit Jahren generell für die Verteilung der Nachbaugebühren unter Mitbestimmung der Beteiligten fordert, hat nun der Rat für Nachhaltige Entwicklung „zur Förderung der Verwendung, Vermehrung und Zucht von Biosaatgut“ empfohlen, der sich aus den Nachbaugebühren speisen soll. Das Bundeslandwirtschaftsministerium lehnt die Einrichtung eines solchen Fonds mit der Begründung ab, dass ein solcher Saatgutfonds auch den Züchtern von Biosaatgut das ihnen zustehende Nachbauentgelt vorenthalten würde, über dessen Verwendung im Zuchtprozess sie damit nicht mehr selbst nach eigenem unternehmerischem Ermessen entscheiden könnten. Dass es Möglichkeiten gäbe, wie sich Mitbestimmung regeln ließe, erwägt das Ministerium gar nicht. cs

## Agrarstruktur durch unterschiedliche Brillen

Eine Debatte zum Artikel in der September-Ausgabe über die Situation in Mecklenburg-Vorpommern

### Trecker-Unfälle

Obwohl die 1,76 Millionen land- und forstwirtschaftlichen Zugmaschinen nur 3,6 % der deutschen Fahrzeuge ausmachen und Traktoren an Unfällen unterproportional beteiligt sind, gibt es bei diesen Unfällen doch überdurchschnittlich viele Schwerverletzte und Tote. Die Ursache sieht eine Studie der Versicherungsbranche in der relativ niedrigen Ausgangsgeschwindigkeit der Trecker beim Ab- oder Einbiegen, so dass diese mit schnellen Autos oder Motorrädern kollidieren. Die Studie empfiehlt eine bessere Schulung junger Treckerfahrer, die Aufklärung aller Verkehrsteilnehmer über dieses Risiko, einen Unterfahrschutz für Anhänger sowie Rundum-Signale und -Beleuchtungen. *pm*

Die Überschrift „Rationalisierung reduziert die Wertschöpfung“ steht dem entgegen, was als klassische Wirtschaftslehre unterrichtet wird. Über dem Artikel des Greifswalder Geographie-Professors Helmut Klüter in der letzten Ausgabe der *Unabhängigen Bauernstimme* entfachte sie – mit dem dahinter stehenden etwas anderen Blick auf die landwirtschaftlichen Strukturen in Mecklenburg-Vorpommern – eine anregende und angeregte Debatte. Zu einer Reaktion herausgefordert fühlte sich der Chefredakteur der *DLG-Mitteilungen*, Thomas Preuße, und nahm den von Klüter geworfenen Fehdehandschuh an. Die *Unabhängige Bauernstimme* durfte das Gespräch dokumentieren.

#### Thomas Preuße:

Natürlich ist die Wertschöpfung in NRW deutlich höher als in Norddeutschland. Das liegt aber weder am Gemüse noch an den kreativen Arbeitskräften, sondern an der Veredlungsdichte. Übrigens war dies schon im 19. Jahrhundert so. Dies führt auch zu den höheren Investitionen pro ha.

#### Helmut Klüter:

„Natürlich“ ist jener Befund keinesfalls. Denn aus geographischer Sicht sind die natürlichen Voraussetzungen für die Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern mindestens ebenso gut, wenn nicht besser als in Nordrhein-Westfalen. Auch die Kapitalkraft der Agrarbetriebe in Mecklenburg-Vorpommern ist nicht schwächer als die der nordrhein-westfälischen Betriebe. Allerdings – und das

scheint ein wichtiger Punkt zu sein – der Wille zur Veredlung ist bei den meisten Großbetrieben geringer als der Wunsch, möglichst schnell möglichst viel Geld aus der Wirtschaft zu ziehen. Denn viele Betriebe könnten mehr investieren – wenn sie es nur wollten. Das beweisen übrigens die – leider noch wenigen – Betriebe in MV, die genau dies tun.

#### Preuße:

Sie schreiben in dem Artikel: „Der Wille zu Veredlung... ist weniger stark ausgeprägt als der Wunsch, möglichst schnell möglichst viel Geld aus der Wirtschaft zu ziehen.“ Ja, was denn sonst? Landwirtschaft ist realiter ein Wirtschaftszweig. Glauben Sie mir, einzelbetrieblich gibt es nichts Effizienteres als einen 1.000 ha-Ackerbaubetrieb in MV mit vielleicht zwei ständigen AK und Aushilfen auf einem nicht zu schlechten Standort. Warum sollte sich ein solcher Betrieb, wenn er einen nur durchschnittlichen Idealismus mitbringt, mit Tierhaltung oder Direktvermarktung befassen? Zumal Sie ohnehin kaum mehr Ställe genehmigt bekommen.

Ich meine, dass die von Ihnen beklagten Verhältnisse erstens eine Geschichte haben und zweitens der Ausdruck wirtschaftlicher und regionaler Vorzüge sind, weshalb es nicht nur „die“ eine Landwirtschaft gibt. Und Ihr Schlagwort von den „neofeudalen“ Verhältnissen ist nicht angebracht. Bewirtschaftete Fläche bedeutet nicht „Eigentum“. Der Pachtanteil in Ostdeutschland ist immer noch deutlich höher als im Westen.

#### Klüter:

Aber wie lange noch? Vergleichen Sie bitte die echten feudalen Landwirtschaftsverhältnisse in Dänemark – dort hat es seit 1848 keine Revolution mehr gegeben – mit den Verhältnissen in



Angeregt debattierten der Greifswalder Geographieprofessor Helmut Klüter und...

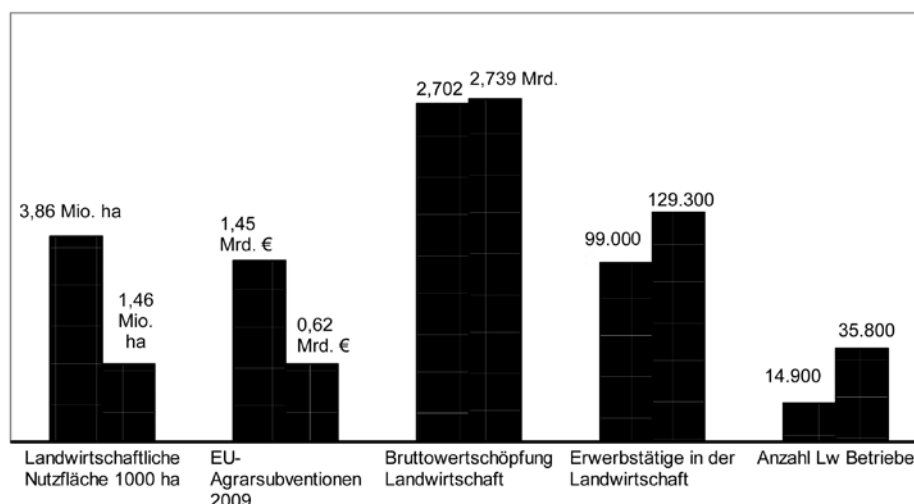
Nordostdeutschland. Das peinliche Ergebnis lautet, dass die dortige echte feudale Landwirtschaft weit produktiver arbeitet als die neofeudale in Ostdeutschland. Oder anders ausgedrückt: Trotz teilweise echt feudaler Besitzverhältnisse hat die dänische Landwirtschaft sich zu einer der modernsten und effektivsten im Ostseeraum entwickelt, während die in Nordostdeutschland Kurs auf die strukturellen Agrarverhältnisse des 19. Jahrhunderts nimmt.

#### Preuße:

Der Vergleich mit Dänemark „hinkt“. Die Stärke der Dänen ist die Veredlung. Dass diese insgesamt noch effektiver organisiert ist als die in Westdeutschland, liegt an einer starken Integration (ein großer Schlachthof sagt, wohin die Reise geht) und an einem Erbrecht, das Hofnachfolger quasi von Null mit einem Berg von Krediten beginnen lässt. Die Betriebe sind also insgesamt effizienter, aber auch instabiler als die deutschen.

Wenn Sie eine möglichst hohe landwirtschaftliche Wertschöpfung in einer Region als Maß der Dinge nehmen, dann haben Sie recht. Aber bitte ziehen Sie aus der Statistik nicht den Kurzschluss „Großbetriebe sind ineffizient“, das

Vergleich Nordostdeutschlands mit Nordrhein-Westfalen 2010



**Korrektur:** In der vergangenen Ausgabe der *Unabhängigen Bauernstimme* haben wir versehentlich die Beschriftung vertauscht – richtig muss es heißen:

linke Säule: Nordostdeutschland (Mecklenburg Vorpommern, Brandenburg, Berlin, Sachsen-Anhalt)  
rechte Säule: Nordrhein-Westfalen

Fortsetzung auf Seite 17 oben



Fortsetzung von Seite 16 unten

würde die Mikro- und die Makroebene durcheinanderbringen.

#### Klüter:

Es kommt in der Tat darauf an, worauf sich Effizienz bezieht. Man muss zwi-



... der Chefredakteur der *DLG-Mitteilungen* Thomas Preuße über Agrarstruktur und Weltsicht.

Fotos: Privat

schon betrieblicher, regionalökonomischer und makroökonomischer Effizienz unterscheiden. Die betriebliche Effizienz kann in Mecklenburg-Vorpommern gesteigert werden, indem man größere Flächen mit weniger Arbeitskräften bewirtschaftet. Das hat dann leider zur Folge, dass man die riesigen Felder mit Clomazone und anderen aggressiven Giften besprühen muss. Das wiederum geht aber auf Kosten der benachbarten Gemüse- und Ökobetriebe – deren Effektivität dann logischerweise sinkt. Während die kleineren Betriebe in Nordrhein-Westfalen zur Einkommenskombination (Reiterhöfe, Bauernmarkt, Ferien auf dem Bauernhof, landwirt-

schaftliche Dienstleistungen) gezwungen sind und auf diese Weise die landwirtschaftlichen Monostrukturen auf dem Dorfe aufbrechen, fehlt den teilweise sehr schlecht bezahlten landwirtschaftlichen Arbeitskräften in MV das Kapital dazu. Die Diversifizierung in NRW bringt Geld in den Ländlichen Raum. Genau das ist regionalökonomisch effektiver als die Monostrukturen. Und makroökonomisch? Wir müssten verhungern, wenn alle Betriebe nur noch Energiemais und Ölraps anbauen würden.

#### Preuße:

Man betreibt Pflanzenschutz nicht deshalb, weil die Felder groß sind. Gerade in Mecklenburg-Vorpommern werden „riesige“ Flächen von Großbetrieben ökologisch bewirtschaftet. Abtrieb von Pflanzenschutzmitteln soll nicht sein, aber deshalb gleich die Effizienz von Nachbarbetrieben in Frage zu stellen, übertreibt doch gewaltig. Nichts gegen Einkommenskombinationen. Aber sie sind nicht alles. Ihr Beitrag zur landwirtschaftlichen Wertschöpfung ist ebenso begrenzt wie das Potential dazu – und das vor allem im kaufkraftschwachen und dünn besiedelten Mecklenburg-Vorpommern. Ersetzen Sie nicht die eine Monokultur durch eine andere!

Sie unterscheiden betriebliche, regionalökonomische und makroökonomische Effizienz. Leider haben Sie allein die regionalökonomische Brille auf und blenden die betriebliche und die makroökonomische Effizienz aus. Im Kern dürfte es zum einen die Veredlung sein, die uns zu unterschiedlichen Wahrnehmungen kommen lässt, und zum anderen die Gewichtung von Wunsch und Realität. Dass mehr Investitionen in Nordostdeutschland nötig wären, auf diesen Minimalkonsens können wir uns aber leicht einigen. *cs*

### „Branchen-Vereinbarungen“

Auf die immer massiveren Proteste gegen Großmastanlagen reagieren Bauernverband und Geflügellobby mit hilflosen Appellen zu mehr „Öffentlichkeitsarbeit“, durch die man die angeblich agrarfernen Verbraucher von der Notwendigkeit der agrarindustriellen Haltung überzeugen wolle. Da dies nichts nützt, schlägt der westfälisch-lippische Landesbauernverband (WLV) den Kommunen jetzt so genannte „Branchenvereinbarungen“ vor. Darin sollen sich die Landwirte und Agrarindustriellen einer Gemeinde auf freiwilliger Basis und unverbindlich dazu „verpflichten“, eine bestimmte Zahl von Ställen nur an bestimmten Stellen zu beantragen oder eventuell begrenzt Filter einzubauen. Im Gegenzug soll dann die Gemeinde auf die planerische Beschränkung oder Steuerung der Stallbauten verzichten. Die Bürger sollen dabei außen vor bleiben, man hofft auf eine Kungelei mit den Genehmigungsbehörden. Der WLV nennt selber den Schwachpunkt, an dem diese Branchenvereinbarungen vermutlich scheitern werden: nämlich an agrarindustriellen Investoren, die sich nicht an diese unverbindlichen Vereinbarungen halten werden und die wie bisher auf Kosten anderer Landwirte den begrenzten Emissionsspielraum nach dem „Windhundverfahren“ durch ihre Stallbauten ausschöpfen wollen. Dann wäre für alle anderen Landwirte keine Chance mehr für eine Stallerweiterung. Man darf daher gespannt sein auf die lebhaften Auseinandersetzungen zwischen den Bauern und den Agrarindustriellen bei dem Versuch solcher „Branchenvereinbarungen“. Es wird der Klärung der Fronten nützen. Den Protest gegen Agrarfabriken wird es nicht ausgrenzen können. *en*

Kurzes am Rande

### Einförmige Arbeit schreckt ab

Auf der Jahrestagung des Verbandes Deutscher Agrarjournalisten im brandenburgischen Seddin hat Hellmuth Riestock, Geschäftsführer eines Brandenburger Betriebes mit 4.000 ha Nutzfläche und 1.750 Milchkühen, von Problemen berichtet, noch ausreichend Mitarbeiter zu finden. Die Zahl der Ausbildungsanwärter sinke, vor allem für die Tierhaltung. Während im Ackerbau die große neue Technik noch relativ attraktiv für junge Leute sei, gebe es für die Tierproduktion kaum noch Interessenten, berichtete der Betriebsleiter laut *Agra-Europe*. Riestock brachte das mit Blick auf die Arbeit im Melkstand mit relativ einförmigen Arbeitsabläufen, dem Schichtsystem und der Feiertagsarbeit im Melkstand in Verbindung. Als Lösung des Problems empfahl er, nach Möglichkeiten zu suchen, Arbeitskräfte einzusparen. *uj*

### Agrarindustrie-verquickte Politiker

Die Bürgerinitiative gegen den Bau einer 460.000er Masthühneranlage in Schwarzhof (bei Stendal) hat aufgedeckt, dass ihr Bürgermeister eng mit dem Investor verquickt ist. Ralf Bergmanns private Planungsfirma hatte ein bisher geheimes Gutachten für den Investor erstellt, obwohl er in seinem öffentlichen Amt über die Genehmigung der Agrarfabrik zu entscheiden hatte. Bergmann trat nach der Enthüllung von seinem Bürgermeisterposten zurück, will aber mit Duldung seiner Fraktion SPD-Landtagsabgeordneter und umweltpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion bleiben. Bürgerinitiative und AbL fordern die Genehmigungsbehörden zu mehr Sorgfalt bei der Kontrolle der Genehmigungsunterlagen auf und warnen vor einer Nähe politischer und behördlicher Entscheidungsträger zu den Investoren von Agrarfabriken. AbL-Landesvorsitzender Peter Hettlich verwies auf die Diskussion um angebliche Versuche der Bestechung einer Bürgermeisterin durch den ehemaligen Landwirtschaftsminister von Sachsen-Anhalt, Helmut Rehhahn, der seit seinem Rücktritt als Wegbereiter für holländische Agrarindustrielle tätig sei.

Für Schwarzhof fordert die Bürgerinitiative die vollständige Neuaufnahme des Genehmigungsverfahrens mit unabhängigen Gutachtern und unbefangenen Entscheidungsträgern. Gegen Bergmann hat die AbL mittlerweile Strafanzeige gestellt. *en*

### „Wiesenhof“ & Co in der Krise

Beklemmende Zustände und Bilder zum Wesjohann-Konzern („Wiesenhof“) zeigte kürzlich das ARD-Magazin *Report*: leidende und tote Tiere bei Haltung und Verladung von Mastputen, Grundwasser-Beeinträchtigung und Emissionen, Hygienemängel und zu hohe Taktzeiten bei der Fleischbeschau, Unterbringung und Billig-Entlohnung der Arbeitskräfte beim Subunternehmer. Der Konzern forderte vom Sender vergeblich die Absetzung des Beitrags.

In der Branche steigt die ruinöse Überproduktion im Verdrängungskampf der Geflügelkonzerne. Bei nur noch schwachen Verbrauchszuwächsen führt der Markteintritt neuer Konzerne (Rothkötter, Plukon-Friki) in den Markt zu einem Verdrängungskampf um Marktanteile und zu einer gewaltigen „Hähnchenblase“. Die Firma Stolle wurde bereits vom Finanzinvestoren-Konzern Plukon übernommen, die Firma Doux geriet durch Berichte über wassergespanschte Hähnchenexporte und daraus folgende Subventionsrückforderungen in zusätzliche Probleme.

Der Ausbau von Stall- oder Schlachtereikapazitäten von Wesjohann, Sprehe, Plukon oder Rothkötter stößt auf Widerstand bzw. Klagen von Bürgerinitiativen. Trotz genereller Überproduktion fehlen neue Vertragsmäster oft gerade im Einzugsbereich neuer Schlachtkapazitäten – insbesondere im Fall des neuen Rothkötter-Schlachthofs Wietze, den die Bürgerinitiative weiter auf dem Klagewege verhindern will. Ob und welche weiteren Konzerne auf der Strecke bleiben, bleibt offen. Klar scheint nur, dass abhängige Vertragsmäster bei ihrem Einstieg in diese Branche mit jahrelangen Verlusten ihrer kreditfinanzierten Ställe rechnen müssen.

In der Folge des *Report*-Beitrags listeten große Schweizer Handelsunternehmen Wiesenhof-Produkte aus, in vielen Mails an deutsche Handelskonzerne wurde ein Verkaufsstopp für Fleisch aus nicht artgerechter Haltung gefordert. Der Druck von Wählern und Bürgerinitiativen wird politische Entscheidungen in Richtung eines Verbots von Agrarfabriken und einer artgerechten Haltung in bäuerlichen Strukturen weiter voranbringen. *gf*

# Eine Riesen-Biogasanlage und viele Fragen

Nur Gülle soll vergoren und zu Dünger gepresst werden. Entlastung für flächenarme Betriebe?

Im Kreis Borken planen der Westfälisch-Lippische Landwirtschaftsverband (WLV) und der Energiekonzern RWE eine Methan-Gas-Anlage, welche auf der Basis von fester wie flüssiger Gülle und Zwischenfrüchten laufen soll. Gegen diese Anlage entwickelt sich vor Ort Widerstand. Mitte September demonstrierten die Bürgerinitiative Nordvelen/ Estern und die AbL-Westmünsterland am Rande einer CDU-Veranstaltung „Energiewende in der Diskussion“ gegen das Vorhaben.

Die Idee der Anlage an sich hört sich erst einmal gut an. Es wird durch die energetische Nutzung von Gülle und Zwischenfrüchten keine Konkurrenz zu den Hauptkulturen aufgebaut und dementsprechend keine Fläche der Nahrungsmittelproduktion entzogen. Desweiteren löst eine Region ihr Nährstoffproblem, indem sie das Gärsubstrat aus der Anlage abpresst, zu Dünger aufarbeitet und in Marktfruchtregionen exportiert – der Kreis Borken gehört zu den viehdichtesten Regionen der Republik. In anderen Regionen kann der Dünger als Ersatz für synthetisch hergestellte Dünger eingesetzt werden. So weit, so gut?

Doch es stellen sich eine Menge Fragen, auf die nicht nur die BewohnerInnen von Velen und Bauern und Bäuerinnen Antworten verlangen. Nicht ohne Grund war der Protest gegen die Anlage an einem nahe gelegenen Standort (Südlohn) im letzten Jahr erfolgreich. Dort hatten es der WLV und die RWE in Form ihrer Tochtergesellschaft RWE-Innogy schon einmal probiert, dieses Projekt zu realisieren. Nach 2.900 gesammelten Unterschriften gegen diese geplante Anlage und viel Detailarbeit wurde das Projekt aufgegeben. Nun also der neue Standort in der Bauernschaft Nordvelen, fünf Kilometer entfernt von der Gemeinde Velen.

Vor dem Veranstaltungsort hatten sich die lokalen Größen des WLV und des Kreisver-

bandes positioniert und wirkten angesichts der 100 Demonstrierenden nebst zehn Traktoren und Spruchbändern angespannt. Johannes Röring, WLV-Kreisverbandsvorsitzender, und Jörg Sumpelmann, Kreisgeschäftsführer des WLV, versuchten, die Kritik und Zweifel im Gespräch auszuräumen.

## Viele Fragen – ausweichende Antworten

Bei dem zentralisierten Anlagenkonzept stelle sich die Frage, ob hier am Ende die Gülle womöglich vor allem von solchen Betrieben kommt, die ihre Tierhaltung weit über ihre eigene Flächengrundlage hinaus ausgedehnt haben oder noch ausdehnen wollen und nicht wissen, wohin mit ihrer Gülle. Johannes Röring verneinte dies vehement und dementierte: Es werde keine Anlage für gewerbliche Betriebe. Stellt sich dann allerdings die Frage, woher die ganze Gülle denn kommen soll? Offiziell gibt es im ganzen Kreis Borken mehr als 700.000 Mastschweineplätze. Hinzu kommen noch die rinderhaltenden Betriebe. Bisher konnte das Problem der „überschüssigen Gülle“ über Nährstoffbörsen gehandelt werden. Durch die im letzten Jahr in Kraft getretene Verbringungsverordnung von Wirtschaftsdüngern sollen überbetriebliche Nährstoffströme nachvollziehbar und damit auch kontrollierbar gemacht werden. Durch diese Verordnung haben auch gewerbliche Betriebe eine Nachweispflicht. Wo soll die Gülle bleiben, wenn nicht in der geplanten Anlage? Die Vermutung liegt nahe, dass das Konzept den Strukturwandel in der Region noch einmal anheizen wird.

## Wirtschaftliches Konzept?

Heinz Boll-Dullhot, Sprecher der Bürgerinitiative, stellte zudem die wirtschaftliche Tragfähigkeit der Anlage in Frage. Eine Anlage in dieser Größenordnung auf Grundlage von flüssiger wie fester Gülle

gäbe es seines Wissens in ganz Deutschland nicht. Was ist, wenn das Anlagenkonzept scheitert, werden dann doch die klassischen Substrate, sprich Mais, angebaut? Dies würde den Pachtmarkt weiter belasten. Auch dies wurde von den Vertretern des WLV abgewiesen. Das Konzept sei schlüssig und ein Einsatz von Hauptkulturen über die Verträge ausgeschlossen. Auf die Frage, ob ein Großinvestor wie die RWE bei ausbleibender Rentabilität und möglicher Insolvenz der Tochterfirma nicht mehr an die Verträge gebunden sei, gab es nur ein Achselzucken.

## Die Rolle der RWE

Die RWE soll mit 49 Prozent an der Anlage beteiligt sein. Die restlichen 51 Prozent tragen die an der Anlage involvierten Bauern unter dem Dach des WLV. Bisher war es für den Energieriesen eher schwierig, in die von landwirtschaftlichen Betrieben dominierte Biogasbranche hineinzukommen. Fehlende Kontakte in die Bauernschaft waren ein Hauptgrund. Spielt der WLV hier Steigbügelhalter für die RWE? Fakt ist, dass die RWE sich um den Bereich der erneuerbaren Energien kümmern will.

## Bäuerlicher Nutzen?

Der Nutzen mag für einige, auch bäuerliche Betriebe durchaus vorhanden sein. Nicht alle sind gegen dieses Projekt, doch steht bei vielen die Angst und Sorge des zunehmenden „Wachsen müssens“ im Vordergrund. Es mehren sich auch die Stimmen derer, die eine Fleischproduktion für den Weltmarkt unter zumeist ruinösen Preisen für eine falsche Ausrichtung halten. Ein Anlagenkonzept in dieser Größenordnung würde aber diese Wachstumsphilosophie eher unterstreichen.

*Christoph Dahlmann*

### Infobox:

Anlagegröße: 10 MW  
 Feuerungswärme  
 Anlagenfläche: 4 ha  
 Input: 180.000 t feste wie  
 flüssige Gülle + 750 ha  
 Zwischenfrüchte  
 Rund 500 Landwirte aus  
 einem Umkreis von 20  
 km sollen die Anlage  
 beliefern  
 Kosten – Invest:  
 20 Millionen €

Angaben: RWE-Innogy,  
 WLV-Service GmbH und  
 landwirtschaftliche Kreis-  
 verband, aus: *Borkener  
 Zeitung*, 19.5.2011



Bürgerinitiative Nordvelen / Estern und die AbL-Westmünsterland demonstrieren gegen die von WLV und RWE geplante Biogasanlage.

Foto: Jasper





## Leserbrief

zu dem Artikel „Richtig rechnen – aber wie?“  
der Unabhängigen Bauernstimme 11-09

Herr Prof. Poppinga hat nach meinem Verständnis keine grundsätzliche Kritik an einer betriebswirtschaftlichen Auswertung des Betriebszweigs Milch geübt. Seine Ausführungen haben den Eindruck hinterlassen, dass die Berechnungsweisen (der Universität Bonn wie auch der DLG) sehr komplex sind und sich dem interessierten Landwirt nicht auf den ersten Blick erschließen. Dennoch sind betriebswirtschaftliche Betrachtungen auch nach seiner Meinung notwendig. Etwas versteckt ist seine Kritik an der Art und Weise, in welcher destruktiver Weise die Ergebnisse am Ende benutzt werden. Letzten Endes appelliert er an den verantwortungsvollen Umgang mit den Daten, die häufig zur Demonstration der Perspektivlosigkeit in der Landwirtschaft missbraucht werden. Diese Anmaßung geht auch mir häufig zu weit.

Ergänzen möchte ich aber seine Erläuterungen zu den „So tun, als ob Kosten“. Fragt man Landwirte, welchen Milchpreis sie für akzeptabel halten, so werden einige Landwirte ihre Einschätzung mit Blick auf den Kontostand ihres Betriebs geben. Solange hier kein „dramatischer“ Rückgang festgestellt wird und alle laufenden Verbindlichkeiten für Lebenshaltung und Kapitaldienst bedient werden, neigen diese zu der Einschätzung „der aktuelle Milchpreis ist okay“. Vor diesem Hintergrund haben (zum Glück nur we-

nige) Milcherzeuger im Jahr 2009 bei den desolaten Milchpreisen noch gute Miene machen wollen. Ein, so meine ich, selbstmörderisches Signal an die Molkereien.

Betriebe, die ihren wirtschaftlichen Erfolg nach dem DLG-Schema betriebswirtschaftlich durchrechnen, werden auf die obige Frage zu einer gänzlich anderen Einschätzung kommen. Denn das Einbringen von Fläche und Quote im Eigentum wie auch die möglichst angemessene Entlohnung der familiären Arbeitskräfte werden bei dieser Betrachtung der gesamten Produktionskosten berücksichtigt. Im Ergebnis ist es nicht vorstellbar, dass zu Milchpreisen wie in 2009 vollkostendeckend produziert wird.

Ich wünsche jeder Milchliefergemeinschaft einen Sprecher, der mit der Vollkostenermittlung nach DLG-Schema vertraut ist und damit souverän gegenüber den Molkereien auftritt. Und ich wünsche mir einen Bio-Milchpreis, der sich nicht in Relation zum konventionellen Milchpreisniveau ergibt, sondern den zukunftsorientierten Erzeugungskosten eines repräsentativen Durchschnitts von Bio-Milcherzeugern entspricht. Dem muss die betriebswirtschaftliche Auswertung und Diskussion zugunsten der Landwirte dienen!

*Christoph Drerup,  
Berater für Bio-Milchviehbetriebe*

## Verdummung

Wenige Kilometer von unserem Ort, einem Stadtteil von Kassel, entfernt habe ich eine Feldscheune in der Nachbargemarkung. Ins Feld führt ein geteilter Feldweg, der auf einer uralten Wegtrasse entlang läuft. Es war in diesem Frühjahr, ich fuhr mit dem Trecker zur Scheune, als ich plötzlich auf Personen aufmerksam wurde, die kleine, rote Pfähle entlang des Weges einschlugen. Ich hielt an, riss die Treckertür auf mit einem lauten „Wollt ihr etwa den Weg neu teeren, oder was?“ „Nö!“ entgegnete der Pfähleklopper. „Denkst du denn, wir machen das für eure paar Trecker, die ab und zu hierher fahren? Nee, Nee, hier fahren demnächst 8000 LKW!“ „Wozu?“ fragte ich, „etwa für die Bahn zum Caldener Flughafen?“ Mit einem kurzen „Ja“ des Arbeiters war das Gespräch beendet. Jener Pfähleklopper hatte mir gegenüber etwas ausgesprochen was mir bis dahin nicht bekannt und danach „allseits“ dementiert wurde – den Zusammenhang der Baustelle mit dem von vielen Bürgern ablehnend beurteilten Bau des Flughafens. Die Regionalpresse hatte offensichtlich von einer sonst üblichen „ordentlichen Berichterstattung“ im Vorfeld eines solchen Großprojektes Abstand genommen, das heißt, sie schrieb in der Hauptausgabe nichts und wenn überhaupt in einigen „Gemeindegeseiten“ von irgendwelcher Steigerung der Fahrgastzahlen der Deutschen Bahn zwischen dem Ort Fürstenwald und Kassel. Nach meiner Begegnung mit dem Arbeiter fragte ich Landwirtkollegen und Parlamentarier der Nachbargemeinde. Zunächst erfuhr ich, dass ein zweites Bahngleis, von einem Bergeinschnitt ausgehend in einem hohen Bahndamm weiterführend errichtet werden soll. Dies habe erhebliche Erdarbeiten und Transporte auf LKW und Großmuldenkippern zur Folge, sagte man mir. Danach hörte ich davon, dass außerdem in einem Kilometer Entfernung mit dem Bau einer Straßenunterführung einer Landesstraße statt eines bisher mit Halbschranke gesicherten Bahnübergangs begonnen werde. Alle Befragten, Landwirte, Politiker und Privatleute, konnten sich nicht vorstellen,



... aus Nordhessen

dass die umfangreichen Baumaßnahmen irgendetwas mit dem im Bau befindlichen Flughafen in der nördlich liegenden Nachbargemeinde zu tun haben könnten, Einige dementierten vehement, Andere erklärten gar das Projekt sei gut, da der Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs grundsätzlich den Autoverkehr vermindere. Für mich wurde jedoch das Bild immer klarer: Hier soll der Zweck eines (Infrastruktur-) Projektes, (der Voranschlag allein für die Errichtung des 2. Gleises beträgt ca. 10 Mio. €) wegen der Umstrittenheit des Hauptprojektes „Neubau des Flughafens“ hinter einem Vorhang verschleiert werden. Für die Anlage wird auf nicht ebenen 250 Hektar Erde abgeschoben, aufgefüllt und einplaniert. 2013, wenn denn Einweihung sein soll, sind 1.000 Morgen zubetoniert. Mit gegenwärtiger Schätzung kostet das Projekt ca. 280 Millionen Euro ohne die noch zu errichtende Infrastruktur. Vorletzte Woche war dann ein Artikel in der Zeitung, in dem der Verkehrsfluss von Kassel nach Calden mit Karte dargestellt wurde. Zunächst wird erklärt, die Züge der Regiotram führen in Zukunft in stärkerer Dichte bis Fürstenwald, um dort die Fahrgäste in Richtung Flughafen in den Shuttle-Bus umsteigen zu lassen. Weiter empfiehlt der Landkreis neben einem Hauptzufahrtsweg über eine vielbefahrene Bundesstraße eben die erwähnte Landesstraße mit der neuen Bahnunterführung auch für einen Busverkehr Kassel - Calden. Beide Baumaßnahmen hängen also unmittelbar mit dem Neubau des Flughafens zusammen. Die „nichtsahnende Bevölkerung“ ist erst seit Erscheinen des Zeitungsartikels teilweise aufgewacht. Von einer Walkerin wurde ich dieser Tage angesprochen. Sie war entsetzt und wütend über die gezielte Desinformation, die anscheinend auch von den Medien mitgetragen worden sei. Die Obrigkeit hat, was die Infrastrukturmaßnahmen betrifft, den „Weg des Schaffens vollendeter Tatsachen“ gewählt. Anscheinend ist dies wegen der Umstrittenheit des Gesamtprojektes Flughafen Kassel – Calden für die Verantwortlichen sinnvoll und opportun, um die Menschen nicht zu verunsichern. Erinnert aber an undemokratische Strukturen in denen das Volk hintergangen und verdummt wird.

Ein Bauer (61) erzählt ...

## Bauer hält Hof

Bauern und Bäuerinnen laden zur Diskussion auf ihre Höfe

Am südlichen Vogelsberg liegt der Hof der Familie Pöhl. Schon auf den ersten Blick fällt die für die von Fachwerkhäusern geprägte Gegend untypische Bauform als gemauerter Vierseithof auf. Ein ehemaliger Gutshof der Ritter Riedesel zu Eisenbach, Erbmarschälle von Hessen. Lange vergangen die Zeit. Der Hof mit wechselnden Besitzern verlor über die Hälfte seiner ehemals 115 ha, bevor er von der Familie

einen Boxenlaufstall gebaut. Haben immer wieder in moderne Technik investiert, den Stall modernisiert. Die Leistung der 80 Milchkühe stieg bis auf ca. 9.000 Liter. Immer wieder musste man deshalb in Milchquote investieren. Vor zwei Jahren entschied sich Joachim Pöhl zu versuchen, die Kraftfuttermenge in der Fütterung zu reduzieren. Sicherlich sei die Milchmenge daraufhin zurückgegangen, aber vor allem verbesserte sich

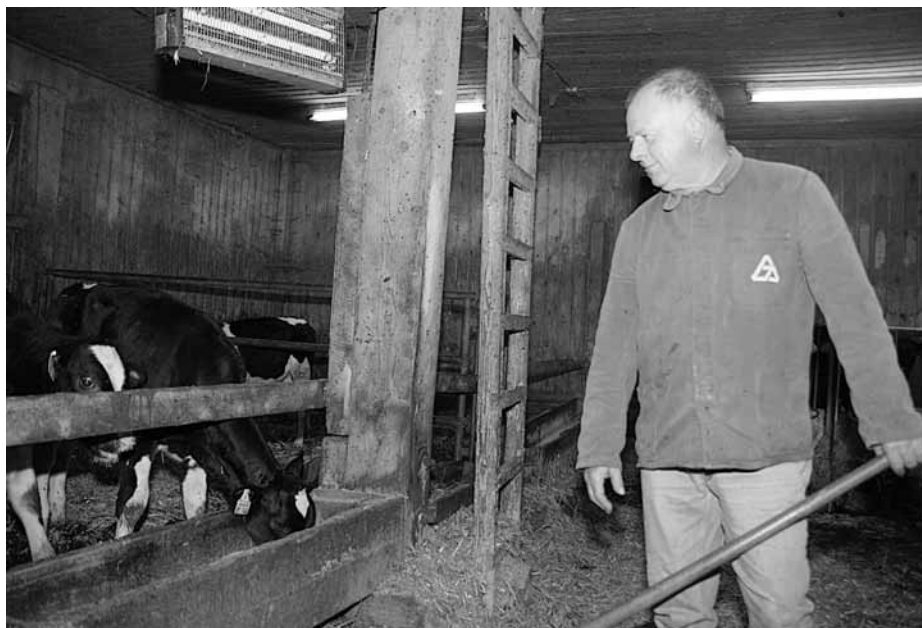
für die Milch. Es geht um mehr Wertschätzung für die Landwirtschaft, für die Produkte und die Menschen, die hier arbeiten. In den vergangenen vierzig Jahren sind von der Politik viele Weichen hin zum immer Größer und Weiter gestellt worden. Auch das Verhältnis zu ehemals gut befreundeten Berufskollegen hat darunter gelitten. Ingrid Pöhl erzählt: „Damals hatten sie 30 Kühe und haben auf 60 verdoppelt. Das war vor vierzig Jahren. Dann wurden es 120.“ Heute melkt man auf dem ehemals befreundeten Hof über 300 Kühe. „Das ist ganz bestimmt der falsche Weg!“, ist sich auch Joachim Pöhl sicher. Er möchte den letzten Rest Freiheit nicht verlieren, indem er sich neben den Direktzahlungen auch noch von Banken und Lohnarbeitskräften abhängig macht.

### Mitmachen bei „Bauer hält Hof“

Ab dem 16. Oktober ist es so weit. Die Bäuerinnen und Bauern in Deutschland öffnen ihre Hoftüren und laden zum gesellschaftlichen Diskurs für eine andere Agrarpolitik ein. Diese Aktivität findet im Rahmen der Kampagne „Meine Landwirtschaft“ statt. Vierzig Organisationen sind Träger der Kampagne und unterstützen den Kampagnenbaustein „Bauer hält Hof“. Die Veranstaltungen finden im Herbst und Winter statt. Bäuerinnen und Bauern können noch einsteigen und eine Veranstaltung auf ihrem Hof organisieren.

Weitere Infos:

Webseite: [meine-landwirtschaft.de/hof-halten](http://meine-landwirtschaft.de/hof-halten)  
Email: [bauerhaelthof@meine-landwirtschaft.de](mailto:bauerhaelthof@meine-landwirtschaft.de)  
Telefon: 030 / 28482437



Kühe gehören auf die Weide ist sich Joachim Pöhl sicher. Die Kälber werden schon früh an Rauhfutter gewöhnt. Foto: Nürnberger

Pöhl übernommen wurde. Heute steht in der Mitte des Hofes ein großer Walnussbaum, davor auf dem Rasen eine Faironika. Am Mast hängt die Fahne der Landvolkbewegung, ein Weißer Pflug mit einem roten Schwert. Der weiße Pflug als Symbol der friedlichen Arbeit und das rote Schwert als Ausdruck der Wehrhaftigkeit definierte Hans Fallada diese Symbolik in seinem 1931 erschienenen Roman von Bauern, Bonzen und Bomben.

Dass es Grund zum Unmut gibt, daran lassen Ingrid und Joachim Pöhl keinen Zweifel. Es ist der Milchpreis, der viel zu gering ist. Vor allem aber ist es das verlorene Vertrauen in seine Beständigkeit. „Wir können nicht investieren, wenn wir erwarten müssen, dass der Preis wieder fällt“, fasst Joachim Pöhl die Situation zusammen. Der jüngste Sohn ist 35 und will den Hof weiterführen. „Ob das der richtige Weg ist?“ Joachim Pöhl ist sich unsicher, was er seinem Sohn raten soll. Fühlt sich an seine eigene Geschichte erinnert: Die Hoffnung auf eine solide, nachhaltige Einkommenssituation, die dann durch Politik und Reformen Stück für Stück zerstört wurde.

Immer wieder haben Pöhls den Betrieb weiterentwickelt. Schon 1970 haben sie

die Herdengesundheit deutlich, berichtet er.

### Auf die Tiere schauen

„Rinder gehören auf die Weide, das ist meine Überzeugung“, stellt Jochim Pöhl fast schon trotzig fest. Er ist keiner, der einfach den Empfehlungen der Berater oder des Bauernverbands folgt. Immer wieder haben Pöhls eigene Wege versucht. Versucht, aus der Spezialisierungsfalle, die immer abhängiger von einem speziellen Marktsegment macht, auszubrechen. Auch aus diesem Grund vermarkten sie ihre Milch über die MVS Milchvermarktungsgesellschaft unter der Marke Faire Milch. Doch es geht nicht nur um mehr Geld

### Bauer hält Hof

Ingrid Pöhl ist die treibende Kraft beim Engagement im Bundesverband deutscher Milchviehhalter. „Ich bin hausieren gegangen“, sagt sie. Viele hat sie mitgerissen. Hat den BDM in der Region aktiv gemacht. Und die Erfolge? „Vor dem Milchstreik gab es keine Milchbauern! Wir saßen unterm Tisch. Jetzt sitzen wir dran“, fasst sie die gesellschaftlichen Erfolge zusammen. Damit das so bleibt, muss ein breites gesellschaftliches Bündnis geschmiedet werden. Bauern, Verbraucher, Umwelt- und Naturschützer. Verständnis für die Situation der Bauern bekommt man am besten, wenn man vor Ort auf den Betrieben ist. Das ist das Konzept von „Bauer hält Hof“ an dem auch Familie Pöhl sich beteiligt. Alle Interessierten sollen auf die Höfe kommen, sich austauschen, gemeinsame Forderungen formulieren. Für eine bäuerliche Landwirtschaft als Grundlage zukünftiger Generationen. *mn*



**Meine-Landwirtschaft.de**

„Bauer hält Hof“ ist nach der Berliner Demo „Wir haben es satt!“ und der Bauernsternfahrt des BDM und der jungen ABL der neueste „Kuh“ des Kampagnenteams.



# Linda – prall im Leben

Neueste Erkenntnisse um das geheime Liebesleben der Kartoffel

Mit „Linda – prall im Leben“ erscheint die Fortsetzung des ersten Kartoffelcomics „Linda & Consorten“ von Comiczeichner und Chefkollorist der Werner-Comics Volker Nökel.

Wieder begibt er sich als „Professor von dem Nökel“ in die Kartoffelforschung und wirft einen vergnüglichen und liebeswerten Blick auf das Leben der Kartoffeln in unserem Acker und auf dem Hof.

Neben neuesten Forschungsergebnissen zum Liebesleben unserer Erdäpfel widmete er sich in zahlreichen Recherchen auch gesellschaftskritischen Themen um die Knolle, sei es nun die Gentechnik, das Umfeld von AKWs oder Gift wie Dioxin. Er spürte auch bisher unbekannte sportliche Aktivitäten auf und erforschte u. a. die internationale Artenvielfalt. Nachweisen konnte er im Übrigen, dass die Besucher aus dem All, die 1947 in Roswell (USA) landeten, keine Alien waren, sondern Vorfahren der Roseval-Kartoffel.

Inzwischen ist der erste Band „Linda &

Konsorten“ in Auszügen als ebook erschienen und kann kostenlos im iBookstore bei Apple herunter geladen werden. *Linda – prall im Leben*, ISBN 978-3-930413-46-1, 14,90 Euro



Kurzes am Rande

## Lever he as ik!

Mit *Lever he as ik!* veröffentlicht Matthias Stührwoldt sein zweites Buch in plattdeutscher Schreibweise.

Matthias Stührwoldt ist einer, der zupackt und nicht lange sinniert, wie er unter der Last des Alltags leiden könnte. Und genauso schnitzt er selbstironisch seine plattdeutschen Geschichten aus dem bäuerlichen Alltag und hat dabei doch immer die ganze Welt auf dem Kieker. Hier schreibt einer, der den Eindruck macht, als wäre er mit sich und der Welt im Reinen – jedenfalls im kleinen Ganzen! vt

*Lever he as ik!* 104 Seiten, Quickborn Verlag, ISBN 978-3-87651-359-1, 6,80 €

Zu beziehen über den Buchhandel oder den ABL Verlag

## Für Pilzsammler

Pilze – wie kann man sie finden, wie kann ich sie bestimmen und welche Verwechslungsgefahren gibt es. Der blv-Verlag hat unter anderen zwei Pilzbücher herausgebracht, die sich mit Speise- und Giftpilzen beschäftigen. Das Buch von Gerlinde Hausner „Pilze – Unsere wichtigsten Speise- und Giftpilze“ gibt eine Übersicht über unsere wichtigsten Pilze mit Fotos, Kennzeichnung, Vorkommen, Wert und Verwechslungsgefahr. Ausführlicher, informativer und praktischer ist dagegen der Pilzführer von Ewald Gerhardt „Pilze... schon erkannt!“. Mit dem „3er-Check“ können Sammler essbare und giftige Pilze bestimmen und unterscheiden. Die Informationen zu der großen Fülle an Pilzen enthalten Angaben zu Merkmalen, Vorkommen, Verwechslung, Speisewert und Hauptsammelzeit. Fotos aus verschiedenen Perspektiven helfen bei der Bestimmung. mh

„Pilze“, Hausner Gerlinde, blv-Verlag, ISBN: 978-3-8354-0810-4, 125 Seiten, 4,95 Euro;

„Pilze ...schon erkannt!“, Gerhardt Ewald, blv-Verlag, ISBN: 978-3-8354-0377-2, 230 Seiten, 7,95 Euro



## Umwelt und Geldbeutel schonen

Energie sparen beim Heizen, Umwelt schonen beim Autofahren, klimafreundlich einkaufen, wassersparend waschen und den Stromverbrauch reduzieren. In Zusammenarbeit mit dem Naturschutzbund (NABU) hat der KOSMOS-Verlag einen kleinen aber hilfreichen Ratgeber herausgegeben, der viele Tipps zum alltäglichen Sparen von Strom, Sprit, Heizkosten, Kohlendioxid und Wasser bietet. Tipps wie: „Sieben Grad im Kühlschrank reichen: Regler auf die kleinste Stufe stellen.“ Oder: „Leichtlauföl im Motor senkt den Spritverbrauch“ sind auch aufmerksamen Verbrauchern vielleicht noch unbekannt. Der „Kosmos Klima Knigge“ ist übersichtlich, prägnant und hilfreich. mh NABU, „Kosmos Klima Knigge“, KOSMOS-Verlag, ISBN: 978-3-440-11668-5, 125 Seiten, 6.95 Euro

### Bestellcoupon

Ich bestelle:

**Das Jahrbuch Der kritische Agrarbericht**

bitte ankreuzen

Ausgabe:  2011  2010  2009  2008  2007  2006  2005  
 22,- € 10,-€ 10,-€ 10,-€ 10,-€ 10,-€ 10,-€

- |                                                          |                        |
|----------------------------------------------------------|------------------------|
| .....Expl. Nützt ja nix                                  | Stückpreis 11,00 €     |
| .....Expl. Aus dem Moor,                                 | Stückpreis 11,00 €     |
| .... Expl. Ein Bauer erzählt, CD                         | Stückpreis 10,00 €     |
| .... Expl. Schubkarrenrennen,                            | Stückpreis 11,00 €     |
| .... Expl. Nehmt und Euch wird gegeben                   | Stückpreis 27,40 €     |
| .... Expl. Der Wollmützenmann,                           | Stückpreis 11,90 €     |
| .... Expl. Matthias Stührwoldt live, CD,                 | Stückpreis 9,50 €      |
| .... Expl. Verliebt Trecker fahren,                      | Stückpreis 9,90 €      |
| .... Expl. Koexistenz im landwirtschaftlichen Alltag     | Stückpreis 3,- €       |
| .... Expl. Monsanto gegen Bauern (aktualisierte Auflage) | Stückpreis 3,50 €      |
| .... Expl. Wege aus der Hungerkrise                      | Stückpreis 3,10 €      |
| .... Expl. Linda und Consorten                           | Stückpreis 14,90 €     |
| .... Expl. was für'n schöner Scheiß, CD                  | Stückpreis 10,- € Neu! |

weitere Bücherwünsche:

zuzgl. Versandkosten 2,75 Euro

Ich zahle nach Erhalt der Rechnung

Ich erteile eine Einzugsermächtigung zu Lasten meines Kontos:

Konto-Nr.: \_\_\_\_\_ BLZ: \_\_\_\_\_ Bank: \_\_\_\_\_

Telefon: \_\_\_\_\_ ggf. E-Mail: \_\_\_\_\_

Name: \_\_\_\_\_ Adresse: \_\_\_\_\_

Datum: \_\_\_\_\_ Unterschrift: \_\_\_\_\_

Bestellung an:

ABL-Bauernblatt Verlag-GmbH, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Fax: 02381/492221

## (Klein) Anzeigen

### Wie gebe ich eine Kleinanzeige auf?

Private Kleinanzeigen bis zu sieben Zeilen 10,- €, jede weitere angefangene Zeile 1,50 € (gewerbliche 20,- € zzgl. MwSt., jede weitere Zeile 3,- €); Chiffregebühr 2,50 €. Anzeigen bis einschließlich 12,50 € nur gegen Vorauszahlung per Scheck oder bar, ansonsten wird ein Zuschlag von 2,75 € für die Rechnungsstellung erhoben. Für gestaltete Anzeigen gilt unsere Anzeigenpreisliste. Anzeigenbestellungen und Chiffrezuschriften bitte an: „Unabhängige Bauernstimme“, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Fax: 02381-492221, E-mail: anzeigen@bauernstimme.de. Anzeigenschluss für BS November 2011 ist am 17. Oktober 2011.

### Tiermarkt

● Verkäufe süddeutsches Kaltblut, Wallach, 10-jährig, Dunkelfuchs, weisser Behang, 1-4spännig gefahren, VB 2.800 €. ☎ 08027-364

● Verkäufe laufend beste Arbeitspferde in jeder Preisklasse. Burkhard Schirmeister, Sipplingen, ☎ 07551-63609

● Hunde- und Katzenmahrung vom Tierheilpraktiker. Qualität, Akzeptanz, Preis/Leistung sehr gut. Durchholz/Sievers, ☎ 04166-1422, www.reico-buxtehude.de

### Sonstiges

● Verkäufe Brotbackofen, Firma NFG, Baujahr 2009, Backfläche 70 x 104 cm, Topzustand. Neupreis 3.300,- Euro, Verhandlungsbasis 1.850,- Euro, ☎ 07302-758

● Für den erfolgreichen Landwirt – alles aus einer Hand: Boden-/Pflanzenschutzmittel mit sich ergänzenden Mikroorganismen. Für Landw., Wein/ Gartenbau, Einfache Anwendung – Gute Ergebnisse. Auch für Tierhaltung u. Gülle. Schmidt Agrar GbR, Talhof, 65614 Beselich, ☎ 06484 8908-95, Fax: -28, info@schmidt-agrar.eu, www.schmidt-agrar.eu

● Maissilage ab 50 to kostenfrei: 0800.745.243.6



## GRUNDSTÜCKE FÜR WINDENERGIEANLAGEN GESUCHT !

Sichern Sie sich langfristig garantierte Pachteinnahmen bei weiterhin möglicher land- und forstwirtschaftlicher Nutzung!

wpd onshore GmbH & Co. KG  
Bremen, Bietigheim-Bissingen, Erkelenz, Kassel, Potsdam  
Telefon: 07142 / 77 81-0  
akquise@wpd.de, www.wpd.de





## Niedersachsen: Herbsttagung

Sonntag, den 16. Oktober 2011

10 bis 16 Uhr im Hotel Eden in Göttingen,  
Reinhäuser Landstr. 22a

### Werden aus Bauern Knechte der Konzerne ?

*Stand und Folgen der Agrarindustrialisierung – Strategien zur Stärkung bäuerlicher Landwirtschaft*

Kurzvorträge und Diskussion mit:  
Romuald Schaber, Milchbauer und Vors. Bundesverband deutscher Milchviehhalter (BDM)  
Karin Soeters, Direktorin des Wissenschaftlichen Büros der niederländischen Partei für die Tiere (Partij voor de dieren) - angefragt  
Prof. Dr. Achim Spiller, Uni Göttingen, Department für Agrarökonomie und Rurale Entwicklung, Lehrstuhl Marketing für Lebensmittel und Agrarprodukte  
Dr. Jürgen Wilhelm, Nds. Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Landesentwicklung; Referent für Agrarpolitik, Betriebswirtschaft und Beratung

## Veranstaltungen

### Richtigstellung:

Mensch, Macht, Milch in Vreden!! Die Ausstellung ist vom 7. bis 21. Oktober in 48691 Vreden im Münsterland. In BS 09-2011 S. 19 stand irrtümlich Freden an der Leine. Die angegebenen Zeiten stimmen.

### Kulturtechnik statt grüner Gentechnik

07. Oktober 2011, Bad Herrenalb  
Wie ernähren wir die Welt?  
Ev. Akademie Baden, ☎ 0721 917-5352, Fax: -525352, www.ev-akademie-baden.de/programm/2011/2011-37.pdf

### Mensch, Macht, Milch

Allgäu; 24. bis 28. Oktober in Mindelheim im Landratsamt, Eröffnung am 26. Okt. um 10.30 Uhr mit Landrat Weirather und Maria Heubuch.  
31. Oktober bis 6. November in Illerbeuren im Bauernhofmuseum  
7. bis 11. November in Legau im Casino der Firma Rapunzel  
14. bis 18. November in Marktoberdorf im Landratsamt Foyer, Eröffnung am 14. Nov. um 15.30 Uhr mit Landrat Fleschhut  
21. bis 27. November in Pfronten im Pfarrheim  
ab 5. Dezember in Überlingen  
Kontakt: Bio-Ring Allgäu, ☎ 0831-22790, Fax: 54021317

### Gentechnik: Ein Wissenschaftler schlägt Alarm

Prof. Don Huber war jahrelang Regierungsberater für Pflanzenkrankheiten in den USA. Jetzt fordert er in einem offenen Brief an das US-Landwirtschaftsministerium einen Zulassungstopp für Gentechnik. Auf Europareise stellt Don Huber seine Forschungsergebnisse vor u.a. über die negativen Auswirkungen des Totalherbizids Glyphosat auf das Immunsystem der Pflanze.  
10. Okt. in 4919 Ried Innkreis (Österreich) um 19.15 in der Bauernmarkthalle Ried,  
14. Okt. in 36329 Romrod um 20 Uhr im Bürgerhaus in der Zeller Str.,  
17. Okt. in 26655 Westerstedde-Hüllstede um 20 Uhr im Dorps-Kroog Hüls 25,  
18. Okt. in 24594 Hohenwested mit Dr. Christoph Then von Testbiotech und Bernd Voss (MdL, AbL) um 20 Uhr in Landhaus Hohenwested Itzehoherstr. 39,  
19. Okt. in 89081 Ulm um 20 Uhr in der Autobahnraststätte Seligweiler Ulm-Ost,  
20. Okt. in 88250 Weingarten um 20 Uhr in der Päd. Hochschule Kirchplatz 2,  
21. Okt. in 91154 Roth um 19.30 im Landwirtschaftsamt Roth Johann-Strauß-Str. 1  
Kontakt: Netzwerk gentechnikfreie Landwirtschaft, Annemarie Volling, ☎ 04131-400720, Fax: -407758, gentechnikfreie-regionen@abl-ev.de

### Es geht auch ohne

09. Oktober 2011, Wiehl  
Alternativen für ein Leben ohne Gentechnik zeigt Josef Feilmeier,

Landwirt und Futtermittelhändler aus Hofkirchen bei Passau. Um 10 Uhr im Landwirtschaftsgottesdienst und um 13 Uhr auf dem Bergischen Landwirtschaftstag in der ev. Kirche Wiehl

### Eherecht und Landwirtschaft

09. November 2011, Hohebuch  
Steuerberater Bernd Meyer zu Berstenhorst sowie Rechtsanwalt Jens Keller zu Ehevertrag, Gütergemeinschaft, vermögensrechtliche Konsequenzen, Güterstände und Erbrecht.  
Ev. Bauernwerk, ☎ 07942 107-74, Fax: -77,

### Welternährungstag

16. Oktober 2011  
Zentrale Auftaktveranstaltungen von „Bauer hält Hof“ (siehe Seite 20) in den Bundesländern  
Nähere Informationen unter: www.meine-landwirtschaft.de

### Biogas Kleinanlagen auf Öko-Betrieben

18. Oktober 2011, 37619 Kirchbrak  
Besichtigung der Anlage auf dem Biolandhof Vogler, Diskussion der neuen gesetzlichen Regelungen im EEG sowie insbesondere Chancen und Aufgaben für Kleinanlagen auf Biobetrieben. Die Veranstaltung ist kostenlos im Bundesprogramms Ökologischer Landbau.  
Anmeldung bis 12.10.: Bioland Tagungsbüro, ☎ 04262 9590-70, Fax: -66

### Synthetische Biologie künstliches Leben

21. Oktober 2011, Kassel  
Diskussion mit Prof. Nediljko Budisa (AK Biokatalyse, TU Berlin), Oliver Müller (Uni Freiburg, Institut für Ethik und Geschichte der Medizin) und Christoph Then (Testbiotech).  
Anthroposophisches Zentrum Kassel, Infos: Annemarie Volling, AbL, gentechnikfreie-regionen@abl-ev.de

### Wem gehört das Saatgut?

25. Oktober 2011, Teising  
Aktuelle Infos zum Streit über Nachbauregelungen beim Saatgut mit Georg Janßen und Edith Lirsch als Referenten mit Hinweisen zum Vorgehen gegen die Saatguttreuhand.  
20 Uhr im Gasthof Reiterhof in 84576 Teising. Eine Veranstaltung der AbL-Regionalgruppe Chiemgau-Inn-Salzach.

### Welt im Wandel

26. Oktober 2011, Berlin  
BÖLW-Herbsttagung zur Bedeutung des Öko-Landbaus für einen neuen Gesellschaftsvertrag  
Anmeldung: ☎ 030 28482-307, Fax: -309, foej@boelw, www.boelw.de/anmeldung\_herbsttagung2010.html

### Zukunft der Landwirtschaft am Scheideweg

26. Oktober 2011, Franken  
Vortrag von Georg Janßen, Bundesgeschäftsführer AbL, anschließend Podiumsdiskussion.  
Um 19.30 Uhr in der Festhalle Heustreu.

an der B19, 6 km nördlich von Bad Neustadt. Kontakt: ☎ 09762-931284, Rhön-Grabfeld@Bund-Naturschutz.de

### „Saatgut-Nachbau“

27. Oktober 2011  
Öffentliche Veranstaltung mit Georg Janßen, Bundesgeschäftsführer der AbL und der IG Nachbau, im Gasthaus Schuster, Kirchenweg 6 in Hedersdorf bei Schnaittach (Franken), Beginn 19.30 Uhr

### Klage gegen Feldbefreiung

27. Oktober 2011, Magdeburg  
Fortsetzung der Schadensersatzklage gegen die WeizenfeldbefreierInnen von Gatersleben  
11 Uhr Landgericht Magdeburg, Halberstädter Straße 8

### Kommt nach der Energiewende die Agrarwende?

03. November 2011, Sontheim  
Das Agrarbündnis Unterallgäu mit Lutz Ribbe, Euronatur Brüssel, zur Agrarreform 2014.  
20 Uhr, Dampfsäg Sontheim

### Zukunft der pastoralen Tierproduktion in Afrika.

04. November 2011, Berlin  
Durch die Hungersnot ist die Tagung leider aktueller denn je. Die Veranstaltung wird von der ATF als Fortbildung anerkannt. Tierärzte ohne Grenzen, ☎ 0511 953 7995, www.togev.de

### Lernprozesse auf dem Bauernhof gestalten

04. bis 06. November 2011, Altenkirchen  
Ev. Landjugendakademie, ☎ 02681-951617, Fax: -70206, mail: leibroek@ja.de

### Weimarer Bienensymposium

06. November 2011, Weimar  
Beitrag zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Bienen und der Kompetenz von Landwirten und Imkern zur Zukunft der Imkerei.  
Deutsches Bienenmuseum Weimar, lvthi@t-online.de, binder@honigmanufaktur.com

### Tagung der jungen AbL: Weiter wachsen, um satt zu werden?

10. bis 11. November 2011, Altenkirchen / Westerwald  
(Programm siehe Seite 24)

### AbL-Bundes-Mitgliederversammlung 2011

11. bis 13. November 2011, Altenkirchen /Westerwald  
(Programm siehe Seite 24)





## INTERNATIONALE TAGUNG ZU DEN PERSPEKTIVEN FÜR EINE NACHHALTIGE TIERHALTUNG UND EINEN ZUKUNFTSFÄHIGEN FLEISCHKONSUM

7. und 8. November 2011 in Berlin, Hotel Aquino

Wir diskutieren die politischen Rahmenbedingungen u. a. mit:

**Dr. Gerd Müller**, Staatssekretär (BMELV, angefragt)  
**Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf**, Bundesvorsitzender der AbL  
**Günther Völker**, Sauenhalter in Rheda-Wiedenbrück, NRW  
**Francisco Mari**, Agrarexperte, evangelischer Entwicklungsdienst (eed)  
**Walter Pengue**, Wissenschaftler aus Argentinien

Veranstalter: Agrarkoordination, AbL, Brot für die Welt, BUND, eed, Ev. Jugend auf dem Land, Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika, Forum Umwelt und Entwicklung, Germanwatch, Heinrich Böll Stiftung, INKOTA Netzwerk, Kampagne „Meine Landwirtschaft“, Misereor

Anmeldung:

Evangelischer Entwicklungsdienst, Sabine Hupp, sabine.hupp@gkke.org  
 Charlottenstr. 53/54, 10117 Berlin, Tel.: 030 20355-225, Fax: -250



## Landeskontakte

### Schleswig-Holstein

Wilster: Bernd Voß, Tel.: 04823/8505, Fax: 04823/75330  
 Sörup: Hinrich Lorenzen, Tel.: 04635/2141, Fax: 04635/2114  
 Plön: Matthias Stührwoldt, Tel.: 04326/679, Fax: 04326/289147  
 Flensburg: Heiner Iversen, Tel.: 04631/7424, Fax: 04631/3852

### Niedersachsen

Landesverband: Martin Schulz, Kosakenweg 29, 29476 Quickborn, Tel.: 05865/9883-60, Fax: -61  
 Heide-Weser: Karl-Heinz Rengstorf, Tel.: 04233/669, Fax: 04233/217774  
 Elbe-Weser: Ada Fischer, Tel.: 04723/3201, Fax: 04723/2118  
 Wendland-Ostheide: Horst Seide, Tel.: 05865/1247  
 Südnieders.: Andreas Backfisch, Tel.: 05508/999989, Fax: 05508/999245

### Mecklenburg Vorpommern/Brandenburg

Mecklenburg: Jörg Gerke, Tel.: 038453/20400; Franz Joachim Bienstein, Tel.: 03841/791273; Helmut Peters, Tel.: 038454/20215

### Nordrhein-Westfalen

Landesverband: Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053170, Fax: 02381/492221  
 Gütersloh: Erika Kattenstroth, Tel.: 05241/57069  
 Tecklenburger Land: Martin Steinmann, Tel.: 05404/5264  
 Herford: Friedel Gieseler, Tel.: 05221/62575  
 Köln/Bonn: Bernd Schmitz, Tel.: 02248/4761  
 Niederrhein: Dorothee Lindenkamp, Tel.: 02064/38421  
 Gentechnik: Reinhard Fiegenbaum, Tel.: 05484/657

### Hessen

Ortenberg: Helmut Keller, Tel.: 06401/50754, e-mail: amkloster@t-online.de;  
 Ebsdorfergrund: Reiner Claar, Tel.: 06424/2719, e-mail: biohof-claar@freenet.de;  
 Breitenbach a. H.: Sabine Kamlage, Tel.: 06675/312, e-mail: k.s.vetter@t-online.de;  
 Knüllwald-Red.: Karl Hellwig, Tel.: 05681/938528, e-mail: k.hellwig@web.de;  
 Homberg-Mü.: Dietmar Groß, Tel.: 05681/2607, e-mail: gross2607@aol.com

### Rheinland-Pfalz und Saarland

Landesverband: Ralf Wey, Maifeldstr. 15, 56332 Moselsürsch, Tel.: 02605/952730, Fax: 02605/952732, e-mail: Ralf.Wey@abl-rlp-saar.de;  
 Hans-Joachim Jansson, Tel.: 02626/8613, Fax: 02626/900218; www.abl-rlp-saar.de

### Baden-Württemberg

Landesverband: Frieder Thomas, Tel.: 07531/2829391, info@agraruendnis.de  
 Nordschwarzwald: Georg Bohnet, Tel.: 07443/3990;  
 Nord-Württemberg: Ulrike Hasemeier-Reimer, Tel.: 07971/8584  
 Bodensee: Anneliese Schmech, Tel.: 07553/7529, Fax: 07553/828278  
 Allgäu: Bärbel Endraß, Tel.: 07528/7840, Fax: 07528/927590

### Bayern

Landesverband: Edith Lirsch, Tel.: 08562/870; Josef Schmid, Tel.: 08742-8039  
 Fax: 967654  
 Geschäftsstelle: Andreas Rimmelberger, Reit 17, 84508 Burgkirchen/Alz, Tel.: 08679/6474, Fax: 08679/9130145, Internet: www.abl-bayern.info  
 Chiemgau-Inn Salzach: Hubert Hochreiter Tel.: 08679/6782 Fax: 08679/914284, Ute Gasteiger, Tel.: 08039/1635  
 Land an Rott und Inn: Hilde Baumgartner, Tel. 08725/672; Konrad Zanklmaier, Tel. 08725/304; e-mail: konrad.zanklmaier@vr-web.de  
 Allgäu: Elisabeth Waizenegger, Tel.: 08330-1413; Herbert Siegel, Tel.: 08320-512; ablallgaeu@gmx.de  
 Oberland: Elisabeth Friesenegger, Tel.: 08158-8486, lisi.friesenegger@googlemail.com, Josef Lindauer, Tel.: 08803-488446, Fax: 08803-9009562; e-mail: Martha\_Lindauer@web.de  
 Landshut-Vilstal: Josef Schmidt, Tel.: 08742/8039, e-mail: abl-bayern@web.de  
 Franken: Isabella Hirsch, Tel.: 09852-1846; Burkhard Neubauer, Tel.: 09268-6667  
 Erding – Ebersberg, Anton Brandl, Tel. 08085 532, brandl-anton@gmx.de; Barbara Greimel Tel. 08083 641, bagrei@gmx.de

### Sachsen/Thüringen/Sachsen-Anhalt

Landesverband: Peter Hettlich, Markt 7, 04109 Leipzig, Tel.: 0341-2253789, Fax: 0341-1496363, e-Mail: peter.hettlich@t-online.de  
 Thüringen: Michael Grolm, Tel.: 036450-446889; Volkmar Voigt, Tel.: 036694-36250;  
 Claudia Gerster, Tel.: 034465-21005; Frank Neumann, Tel.: 036623-23737



## Bundeskontakte

### Bundesgeschäftsstelle:

Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053171, Fax: 02381/492221, E-Mail: info@abl-ev.de

Bankverbindung: KSK Wiedenbrück BLZ 47853520 Kto: 2017838

Bundesgeschäftsführer: Georg Janßen, c/o Gewerkschaftshaus, Heiliggeiststraße 28, 21335 Lüneburg, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758

### junge Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft

Julia Frenzel, Tel.: 0152-28625363, junge-abl@abl-ev.de

### Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugesetze und Nachbaugebühren:

Georg Janßen, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758; Gerhard Portz, Tel.: 06502/2298;

Klaus Buschmeier, Tel.: 05262/3079

### Interessengemeinschaft Ostdeutschland:

Franz-Joachim Bienstein, Tel./Fax: 03841/791273

### Netzwerk Bauernhöfe statt Agrarfabriken

Eckhardt Niemann, Tel.: 01511-1201634; mail: eckhardt.niemann@freenet.de

### Netzwerk gentechnikfreie Landwirtschaft:

Annamarie Völling, c/o Gewerkschaftshaus, Heiliggeiststraße 28, 21335 Lüneburg

Tel.: 04131/400720, Fax: 04131/407758, E-Mail: gentechnikfreie-regionen@abl-ev.de

### Internationale Agrarpolitik:

Berit Thomsen, Tel.: 040/397858, Fax: 040/3978587



## Mitgliedsantrag Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V.

Ich möchte Mitglied in der AbL werden und (Zutreffendes bitte ankreuzen)

- Ich zahle den regulären Mitgliedsbeitrag von 93,00 Euro  
 Wir bezahlen den Mitgliedsbeitrag für Ehepaare und Hofgemeinschaften von 128,00 Euro  
 Ich bin bereit, als Fördermitglied einen höheren Beitrag von \_\_\_\_\_ Euro zu zahlen  
 Als Kleinbauer, Student, Rentner, Arbeitsloser zahle ich einen Mitgliedsbeitrag von 38,00 Euro  
 Ich beantrage als Unterstützer/in einen Mitgliedsbeitrag von 63,00 Euro  
 Ich abonniere die Unabhängige Bauernstimme (bitte Coupon Rückseite ausfüllen)

Der Mitgliedsbeitrag erhöht sich jährlich um 2,- Euro

Name, Vorname: \_\_\_\_\_

Straße: \_\_\_\_\_

PLZ, Wohnort (Landkreis): \_\_\_\_\_

Telefon/Fax E-Mail: \_\_\_\_\_

Zahlungsweise des Mitgliedsbeitrags:

- Nach Erhalt der Rechnung  
 Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr.: \_\_\_\_\_

BLZ: \_\_\_\_\_

Bank: \_\_\_\_\_

Die Mitgliedschaft verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn nicht spätestens 14 Tage vor Ablauf gekündigt wird. Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Bundespost im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die AbL weiterleitet.

Datum: \_\_\_\_\_ Unterschrift: \_\_\_\_\_



junge Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft



Arbeitsgemeinschaft  
 bäuerliche Landwirtschaft e.V.

### Tagung der jungen AbL

#### Weiter wachsen, um satt zu werden?

vom 10. - 11. November 2011 in Altenkirchen  
 Donnerstag, 10.11.

17.00-18.00 Uhr Anreise, Anmeldung, Abendessen

18.00-18.30 Uhr Begrüßung,

18.30-20.00 Uhr Rundgespräch und Diskussion:

#### Können wir dem Wachstumszwang entkommen?

20.30 Uhr Lesung Gerhard Klas „Mikrokredite“ und gemütlicher Abend: Musik von Konrads Freunden (Liedermacher aus Bonn)

Freitag, 11.11.

08.30-10.00 Uhr Aufbau von Organisationsstrukturen Claudia Leibrock (BAGEjl), Henrik Maaß (jAbL)

10.30-12.30 Uhr Arbeiten im Kontext der Ernährungssouveränität

12.30-13.00 Uhr Mittagessen

13.00-14.30 Uhr Raum für selbstorganisierte, aktions-orientierte Workshops

15.00-17.00 Uhr Arbeiten im internationalen Kontext

17.00-17.30 Uhr Poster-Session zur Vorstellung der Workshopergebnisse  
 Abschluss und Ende (dieser) Tagung

#### Anmeldung + Kontakt:

Henrik Maaß  
 email: [maass@abl-ev.de](mailto:maass@abl-ev.de)  
 mobil: 0160-8217015

### Tagung und AbL-Bundesmitgliederversammlung

11.-13. November 2011

Evangelische Landjugendakademie in Altenkirchen/Westerwald

Freitag, 11. November 2011

Bis 17.30 Uhr Anreise und Anmeldung

18.00 -19.00 Uhr Abendessen,

19.15 Uhr Begrüßung der Teilnehmer

#### Mensch Macht Markt

Die Entwicklung der Märkte und die Position der Bauern

Wyno Zwanenburg, (Niederländischer Schweinehalter-Verband NVV, Romuald Schaber, (Bund Deutscher Milchviehhalter, EMB), Eckehard Niemann, (Netzwerk Bauernhöfe statt Agrarfabriken), Willem Smeenk (Milchbauer aus Frankreich, OPL), Günter Völker (Sauenhalter), Friedrich-Wilhelm Graefe zu Baringdorf (AbL-Bundesvorstand)

Moderation: Ulrich Jasper

21.30 Uhr Gemütliches Beisammensein

Samstag, 12. November 2011

7.30 -9.00 Uhr Frühstück

9.00 -12.00 Uhr Diskussionsforen

#### Bäuerliche Selbsthilfe, bäuerlicher Widerstand, politische Interessenvertretung

##### Forum I :

Landraub in den Ländern des Südens und Bodenpolitik in Deutschland

##### Forum II:

Wege aus der Futtermittelimportsackgasse - Einheimischer Eiweißpflanzenanbau und gentechnikfreie Fütterung!

#### Forum III:

Der Gesetzentwurf der EU-Kommission für eine neue EU-Agrarreform, Analyse, Kritik und das Vorgehen einer bäuerliche Interessenvertretung

13.30 Uhr Kurze Vorstellung der Ergebnisse aus den Diskussionsforen.

Ende der Tagung

Die Tagung findet in Zusammenarbeit mit der Evangelischen Jugend auf dem Lande statt.

#### AbL-Bundesmitgliederversammlung

16.50 – 18.15 Uhr Diskussion und Aussprache  
 Abendessen

19.00 -20.00 Uhr Anträge, kurze Filmausschnitte und Fotoserie „Bauernsternfahrt 2011“ Ab ca 20.30 Uhr Kabarett „Präserative Liste“ und Matthias Stührwoldt

Sonntag, den 13.November 2011 8.30 Uhr Andacht, 9-10.00 Uhr Frühstück, Abreise

#### Organisatorisches :

Tagungsort: Ev. Landjugendakademie Altenkirchen/Westerwald,

Diepertzbergweg 13-17

57610 Altenkirchen/Westerwald

#### Anmeldung bitte schriftlich bis 1. November 2011 an:

Georg Janßen, AbL-Bundesgeschäftsführer, Heiligengeiststr. 28, 21335 Lüneburg  
 T.04131-407757, Fax: 04131-407758 oder [info@abl-ev.de](mailto:info@abl-ev.de)

Teilnehmerbeitrag: 90,-Euro (inclusive Übernachtung und Verpflegung)

Kinder bis 14 Jahre zahlen keinen Beitrag. Eine Kinderbetreuung wird angeboten. Gäste sind herzlich willkommen. (bitte ebenfalls anmelden).

## **unabhängige Bauernstimme: Auf nach Altenkirchen!**

10/2011

Zutreffendes bitte ankreuzen:

- Ich möchte die BAUERNSTIMME abonnieren (36,- € im Jahr). In begründeten Fällen kann auf jährlichen Antrag für Kleinbauern, -bäuerinnen, Arbeitslose, SchülerInnen und StudentInnen der Abo-Preis auf 26,- gesenkt werden.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum Förderpreis von 60,- € im Jahr.
- Ich möchte die BAUERNSTIMME zum Jubiläumspreis von 15,- € bzw. 30,- € für  6 oder  12 Monate verschenken.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum einmaligen Schnupperpreis von 6,- € für drei Ausgaben (nur gegen Vorkasse: Bar, Scheck, Briefmarken).

Zustelladresse

Bei Geschenkabos Adresse des Auftraggebers

Name, Vorname

Name, Vorname

Straße

Straße

PLZ, Ort

PLZ, Ort

evtl. Telefon für Rückfragen

evtl. Telefon für Rückfragen

Zahlungsweise des Zeitungsabos:

- Nach Erhalt der Rechnung  
 Mit beiliegendem Scheck

Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung.

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Betrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr.

BLZ

Bank

Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr (außer bei Geschenkabos), wenn es nicht spätestens vier Wochen vor Ende des Abozeitraums gekündigt wird.

Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Post AG im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die Abo-Verwaltung weiterleitet.

Widerrufsrecht: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.

Unterschrift der Abonnetten / des Abonnetten  
 (bei Geschenkabos Unterschrift des Auftraggebers)

Datum Beruf

Bitte senden Sie die Bestellung an: Bauernstimme, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm  
 oder Fax 02381 / 492221